Rechenschaftsbericht
über die Rechtspflege
des Kantons Uri
in den Jahren
1994 und 1995

August 1996

**Das Obergericht des Kantons Uri
an den Landrat des Kantons Uri**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In Nachachtung von Art. 102 Abs. 2 KV wird Ihnen Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 1994 und 1995 erstattet.

Wir empfehlen den Rechenschaftsbericht Ihrem Interesse und bitten Sie um dessen Genehmigung.

Altdorf, 29. August 1996

OBERGERICHT DES KANTONS URI

Der Präsident: R. Dittli

Der Gerichtsschreiber: R. Grünvogel

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Teil: Rechenschaftsbericht

A Allgemeines

- I Neue Gerichtsorganisation
- II Neue Verfahrensordnungen
- III Gestaltung Bericht
- IV Personelles
- V Weiterbildung
- IV Räumlichkeiten

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

- I Vermittler
- II Landgerichtspräsidenten
- III Landgerichte
- IV Obergericht
- V Staatsanwaltschaft
- VI Verhörrichter
- VII Jugendanwaltschaft
- VIII Jugendgericht

C Tätigkeit übriger Behörden

- I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte
- II Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare
- III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs
- IV Betreibungsämter
- V Konkursämter
- VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

2. Teil: Auszüge aus Gerichtsentscheiden

- A Zivil- und Zivilprozessrecht
- B Straf- und Strafprozessrecht
- C Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtspflege
- D Aufsicht über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte
- E Schuldbetreibungs- und Konkursrecht

3. Teil: Abkürzungsverzeichnis

1. Teil: Rechenschaftsbericht

1. Teil: Rechenschaftsbericht

A Allgemeines

I Neue Gerichtsorganisation

Am 1. Juni 1995 trat das neue Gesetz über die Organisation der richterlichen Behörden (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, RB 2.3221) in Kraft. Neu ist der Obergerichtspräsident im Vollamt tätig. Obergericht und Landgericht Uri tagen in Abteilungen. Die Landgerichtskommissionen wurden abgeschafft. Übergangsrechtlich trat an die Stelle von deren Zuständigkeit jene der Landgerichtspräsidenten. Ebenso wurden das Versicherungsgericht, die Steuerrekurskommission und Rekurskommission für die direkte Bundessteuer sowie die Rekurskommission für die Alters- und Hinterlassenenversicherung abgeschafft. Die hängigen Verfahren gingen auf die verwaltungsrechtliche Abteilung des Obergerichtes über. Die kurze Erfahrung zeigt, dass sich die neue Gerichtsorganisation grundsätzlich bewährt.

II Neue Verfahrensordnungen

Zusammen mit dem GOG sind die neue Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (VRPV, RB 2.2345), die total revidierte Zivilprozessordnung (ZPO, RB 9.2211) und die teilrevidierte Strafprozessordnung (StPO, RB 3.9222) in Kraft getreten. Die neuen Ordnungen stellen moderne, flexible Verfahrensinstrumente dar.

III Gestaltung Bericht

Der vorliegende Rechenschaftsbericht wird durch die neue Gerichtsorganisation und die neuen Verfahrensordnungen bestimmt. Der Tätigkeitsbericht der Landgerichtspräsidenten umfasst auch die Tätigkeit der Landgerichtskommissionen bis zu deren Abschaffung per 1. Juni 1995. Der Tätigkeitsbericht der verwaltungsrechtlichen Abteilung des Obergerichtes umfasst auch die Tätigkeiten des Versicherungsgerichtes, der Steuerrekurskommission und Rekurskommission für die direkte Bundessteuer sowie der Rekurskommission für die Alters- und Hinterlassenenversicherung bis zu deren Abschaffung ebenfalls per 1. Juni 1995. Weil von aktuellem Interesse, werden, über die Berichtsperiode hinausgehend, Entscheide bis zum Datum des Berichtes berücksichtigt. So stammen die im 2. Teil enthaltenen Auszüge bis auf eine Ausnahme aus unter der neuen Organisation ergangenen Gerichtsentscheiden. Die Berichterstattung über die Verfahren vor Bundesgericht gibt ebenfalls den Stand bei Berichtsdatum wieder. Der Rechenschaftsbericht soll grundsätzlich schlanker werden. Er wird vermehrt auf das Wesentliche beschränkt. Auf wenig aussagende Statistiken wird verzichtet. Der Bericht enthält so auch keine Angaben über die Anzahl Sitzungen. Infolge der Neuorganisation der Gerichte während der Berichtsperiode wären kaum repräsentative Aussagen möglich gewesen. Dies gilt insbesondere auch für die infolge der neuen Gerichtsorganisation veränderte Geschäftslast. Der Berichtsteil Jugendanwaltschaft bleibt vergleichsweise relativ ausführlich. Es geht um Kinder und Jugendliche. Ein erhöhtes Berichtsinteresse darf angenommen werden. Die vorgesehene EDV-Gerichtslösung wird unter vertretbarem Aufwand neue interessierende Auswertungen ermöglichen. Wo der Bericht Behörden und Funktionen bezeichnet, gilt er für beide Geschlechter.

IV Personelles

Im Frühjahr 1995 wurden die Landgerichte und das Obergericht vom Volk neu bestellt. Nach dem Rücktritt von lic. iur. Hans Danioth wurde Fürsprecher Rolf Dittli als neuer Obergerichtspräsident gewählt. Der Amtsantritt erfolgte am 1. Juni 1995. Auf den gleichen Zeitpunkt erfolgte, neben dem bisherigen Obergerichtsschreiber lic. iur. Marcel Maillard, der Amtsantritt des neuen Obergerichts-

schreibers lic. iur. Roger Grünvogel. Den zurückgetretenen Mitgliedern der Gerichte, insbesondere alt Obergerichtspräsident Hans Danioth, wird an dieser Stelle noch einmal für die geleisteten Dienste gedankt. Lic. iur. Eros Tomasini und Dr. iur. Gabi Huber demissionierten auf Ende Dezember 1995 als Jugendanwalt und stellvertretende Jugendanwältin. Auch ihnen gilt der Dank für die geleisteten Dienste. Der Landrat wählte lic. iur. Angela Gamma, Altdorf, zur neuen Jugendanwältin und lic. iur. Cornelia Gamma Bissig, Altdorf, zur neuen stellvertretenden Jugendanwältin. Die personelle Zusammensetzung der richterlichen Behörden ergibt sich im weiteren aus dem Staatskalender.

V Weiterbildung

Die Weiterbildung der Richter und Gerichtsschreiber ist wichtiges Anliegen. Entsprechende Veranstaltungen wurden dem Strassenverkehrsgesetz (Schwerverkehrskontrollen, Fahren in ange-trunkenem Zustand, Fahren unter Drogen), der Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege und dem neuen Krankenversicherungsrecht gewidmet. Weitere Veranstaltungen zu den Themen Gleichstellungsgesetz, Strafzumessung und Gewährung des bedingten Strafvollzuges, Zivilprozess- und Strafprozessrecht, revidiertes Arbeitslosenversicherungsrecht, Strafvollzug und neues SchKG sind vorgesehen. Je nach Thema nehmen jeweils Mitglieder verschiedener Gerichtsinstanzen an den Veranstaltungen teil. Die Veranstaltungen finden inner- und ausserhalb des Kantons mit einheimischen und auswärtigen Referenten statt.

VI Räumlichkeiten

Das Verhöramt I bezog Ende 1994 neue Räume an der Schützengasse 5 in Altdorf. Damit wurden die Arbeitsbedingungen und die Bedingungen für die Verfahrensbeteiligten erheblich verbessert. Der Umbau des Zierhauses als neues Gerichtsgebäude ist in vollem Gange. Der Bezug ist auf Ende September 1996 vorgesehen.

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

Die Reihenfolge der Behörden ergibt sich grundsätzlich aus dem GOG. Die Vergleichszahlen der letzten Berichtsperiode werden jeweils in Klammern angeführt. Bei den noch hängigen Geschäften handelt es sich um Verfahren, die sistiert worden sind, bei denen ein Beweisverfahren hängig ist oder die erst gegen Ende der Berichtsperiode eingegangen sind und daher in dieser nicht mehr zur abschliessenden Behandlung gelangen konnten.

I Vermittler

Vermittlerstatistik

	Anzahl der durchgeführten Vermittlerverhandlungen		Ergebnis der Verhandlungen			
			vermittelt		unvermittelt	
Altdorf	42	(51)	11	(12)	31	(39)
Andermatt	2	(12)	1	(3)	1	(9)
Attinghausen	4	(6)	2	(1)	2	(5)
Bauen	0	(3)	0	(0)	0	(3)
Bürglen	13	(12)	3	(6)	10	(6)
Erstfeld	22	(22)	7	(10)	15	(12)
Flüelen	11	(8)	5	(5)	6	(3)
Göschenen	1	(1)	1	(1)	0	(0)
Gurtellen	7	(7)	1	(2)	6	(5)
Hospental	1	(3)	0	(0)	1	(3)
Isenthal	1	(1)	1	(0)	0	(1)
Realp	0	(1)	0	(0)	0	(1)
Schattdorf	12	(16)	5	(8)	7	(8)
Seedorf	2	(1)	2	(1)	0	(0)
Seelisberg	1	(1)	1	(0)	0	(1)
Silenen	2	(6)	1	(1)	1	(5)
Sisikon	0	(4)	0	(4)	0	(0)
Spiringen	1	(1)	0	(1)	1	(0)
Unterschächen	2	(0)	2	(0)	0	(0)
Wassen	6	(2)	4	(0)	2	(2)
Total	130	(158)	47	(55)	83	(103)

II Landgerichtspräsidenten

A Landgerichtspräsident Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
922 (708)	83 (73)	917 (698)	88 (83)

2. Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Vermittlungsgesuche in Ehescheidungssachen	7	-	86
Eherecht	22	2	27
Sachenrecht	2	-	7
Mietrecht	3	3	9
Arbeitsvertragsrecht	21	4	7
Wertpapierrecht	4	-	68
Zivilprozessrecht	-	-	30
Rechtshilfegesuche	2	-	60
Befehlsverfahren	32	9	17
Rechtsöffnung	59	14	152
Konkurs	72	-	31
übriges SchKG	-	4	75
unentgeltliche Rechtspflege	1	16	10
Haftverlängerungsgesuche	-	2	26
Andere	13	9	11
Total	238	63	616

B Landgerichtsvizepräsidentin Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
36	-	36	-

2. Rechtsfälle/Art der Erledigung

angefallene Geschäfte	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Rekurse gegen Verfügungen des Verhörrichters und des Staatsanwaltes	2	12	1
Weitere nach Strafprozessordnung	-	-	21
Total	2	12	22

C Landgerichtspräsident Ursern

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
100	1	101	-

2. Rechtsgebiete

Eherecht	12	(9)
Sachenrecht	11	(7)
Mietrecht	5	(2)
Arbeitsvertragsrecht	15	(5)
SchKG	22	(27)
Andere	36	(29)
Total	101	(79)

III Landgerichte

A Landgericht Uri

1. Zivilrechtliche Abteilung

1.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
154 (148)	52 (38)	158 (116)	48 (70)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Guttheissung
Ehescheidung	4	-	84
übriges Familienrecht	5	1	6
Erbrecht	7	-	-
SchKG	7	5	1
Andere	18	4	16
Total	41	10	107

2. Strafrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

	Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
Anklageerhebungen der Staats- anwaltschaft	172 (171)	31 (40)	133*(179)	70 (32)
Umwandlung von Busse in Haft	41	-	34	7

*Von diesen Fällen konnten deren 43 am Geschäftsprotokoll abgeschrieben werden, weil die Angeklagten ihre Einsprache gegen den Strafbefehl nachträglich zurückgezogen haben.

2.2 Rechtsgebiete

StGB	29	(30)
SVG	76	(80)
BetmG	2	(5)
ANAG	1	(3)
JSG	2	(4)
Andere	23	(10)
Total	133	(132)

2.3 Art der Erledigung

Verurteilung	Teilweiser Freispruch	Vollständiger Freispruch
80	-	10

B Landgericht Ursern

1 Zivilgericht

1.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
28	1	29	-

1.2 Rechtsgebiete

Eherecht	7	(8)
Forderungen	8	(2)
SchKG	5	(2)
unentgeltliche Rechtspflege	6	(4)
Andere	3	(-)
Total	29	(16)

2. Strafgericht

2.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
28	-	28	-

2.2 Rechtsgebiete

StGB	3	(1)
SVG	22	(12)
Kantonales Recht	3	(3)
Total	28	(16)

IV Obergericht

1. Gesamtgericht

Das Obergericht als Gesamtgericht hat sich zu Beginn der laufenden Amtsdauer 1996 - 1999 konstituiert und organisiert, die Abteilungen gebildet und die Kommissionen gewählt. Rechtsfälle waren keine zu entscheiden.

2. Zivilrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
Berufungen	29 (24)	2	28	3
Rekurse	67 (50)	8	68	7
Gesuche	4 (5)	2	6	-
Total	100 (79)	12	102	10 (9)

2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganze/teilw. Gutheissung
Eherecht	3	1	2	5
Sachenrecht	3	-	2	-
Mietrecht	-	-	3	-
Arbeitsvertragsrecht	-	-	1	3
Zivilprozessrecht	2	5	6	7
SchKG	5	2	10	17
unentgeltliche Rechtspflege	-	-	7	4
Andere	3	-	4	7
Total	16	8	35	43

2.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 1 Berufung und 5 staatsrechtliche Beschwerden erhoben. Sämtliche Beschwerden wurden vom Bundesgericht abgewiesen oder es wurde darauf nicht eingetreten.

3. Strafrechtliche Abteilung

3.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
Berufungen	27 (47)	-	25	2 (-)
Revisionen	1 (4)	-	1	
nachträgliche richterliche Anordnungen	2 (2)	-	2	
Total	30 (53)	-	28	2 (-)

3.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

Rückzug	Nichteintreten	Abweisung	ganze/teilw.
---------	----------------	-----------	--------------

	Abschreibung		Gutheissung	
StGB	-	-	2	4
SVG	2	-	9	6
SDR	-	-	1	-
BetmG	-	-	-	1
ANAG	-	-	1	-
JSG	1	-	-	1
Verschiedene	-	-	-	-
Total	3	-	13	12

3.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 5 Nichtigkeits- und 3 staatsrechtliche Beschwerden erhoben. Sämtliche Beschwerden wurden vom Bundesgericht abgewiesen oder es wurde darauf nicht eingetreten.

4. Verwaltungsrechtliche Abteilung

4.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
Beschwerden	145	25	145	25
Klagen	2	1	3	-

4.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

a. Sozialversicherungsrecht	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganze/teilw. Gutheissung
AHVG	14	1	4	-
IVG	2	1	18	11
KVG	1	-	2	1
UVG	2	-	2	3
AVIG	10	-	28	4
Andere	2	1	2	1
b. Abgaberecht	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganze/teilw. Gutheissung
BdBSt/DBG	2	-	6	1
StG	7	-	7	4
GGStG	-	-	2	1
c. Andere	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganze/teilw. Gutheissung
Bau- und Raumplanungsrecht	2	1	-	1
Andere	2	-	2	-

4.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 3 Verwaltungsgerichtsbeschwerden beim Bundesgericht eingereicht. 1 Beschwerde wurde abgewiesen, 2 Verfahren sind noch hängig.

Beim Eidgenössischen Versicherungsgericht wurden 13 Verwaltungsgerichtsbeschwerden eingelegt. 7 Beschwerden wurden ganz oder teilweise gutgeheissen, 4 Beschwerden wurden abgewiesen, 2 Verfahren sind noch hängig.

Staatsrechtliche Beschwerden wurden 4 beim Bundesgericht eingereicht. Auf 1 Beschwerde wurde nicht eingetreten, 1 Beschwerde wurde gutgeheissen, 1 Beschwerde wurde abgewiesen, 1 Verfahren ist noch hängig.

5. Jugendgerichtskommission

Die Jugendgerichtskommission hatte wie in der Vorperiode keine Geschäfte zu erledigen.

6. Obergerichtspräsident

6.1 Zivilprozess

Unter der neuen Gerichtsorganisation war über 1 Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege zu entscheiden. Das Gesuch wurde abgewiesen.

6.2 Strafprozess

Auf einen noch in der Vorperiode eingereichten Rekurs wurde nicht eingetreten. In der Berichtsperiode wurde kein (2) Rekurs erhoben. Es wurden 2 (2) Gesuche um Bezeichnung eines amtlichen Verteidigers sowie 2 (-) Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege eingereicht. Alle 4 Gesuche wurden gutgeheissen.

V Staatsanwaltschaft

1. Allgemeines

Für die Staatsanwaltschaft ist es die erste Berichtsperiode, während welcher der Staatsanwalt I vollamtlich tätig war. Rückblickend auf die vergangenen zwei Jahre darf gesagt werden, dass die Staatsanwaltschaft I als Vollamt ausgelastet ist.

Bei normalem Geschäftsgang wird die Staatsanwaltschaft II tendenziert weniger beansprucht als bis anhin. Verlässliche Angaben sind aber noch nicht möglich. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch festzustellen, dass die Anzahl der Fälle, welche bei der Staatsanwaltschaft eingehen, im Jahre 1994 gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen haben. Auch 1995 sind gegenüber dem Vorjahr wieder mehr Fälle eingegangen.

Hinzu kommt die steigende Anzahl der Anklagevertretungen vor den Gerichten. Fallen umfangreichere Fälle an, welche die Staatsanwaltschaft in stärkerem Masse absorbieren, so muss die Staatsanwaltschaft II entsprechend in grösserem Ausmass beansprucht werden.

Während der Berichtsperiode traten die revidierte StPO und das neue GOG in Kraft. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft hat sich die erweiterte Strafbefehlskompetenz bewährt, muss doch dadurch

eine Reihe von Fällen nicht zum vornherein bei den Gerichten anhängig gemacht werden. Es ist im übrigen festzustellen, dass Einsprachen nicht in erster Linie gegen Strafbefehle erfolgen, bei welchen die erweiterte Strafbefehlskompetenz angewendet wurde.

2. Tätigkeit

Strafbefehle	2'131	(1'418)
Einstellung von Strafverfahren	615	(480)
Verwarnungen (BetmG)	12	
Strafverfahren vor Landgericht	161	(173)
Strafverfahren vor Obergericht	26	(30)
Strafverfahren vor Bundesgericht	5	(4)
Total	2'950	(2'105)

3. Bemerkungen

In die vergangene Berichtsperiode wurden über 300 Pendenzen übernommen und in die laufende um die 200 übertragen.

Zu den Verfahrenseinstellungen ist folgendes zu bemerken: Gegenüber früheren Berichtsperioden sind die Verfahrenseinstellungen, im Verhältnis betrachtet, nicht angestiegen, ja haben zum Teil abgenommen. Als häufigste Gründe für Verfahrenseinstellungen erscheinen Art. 157 Abs. 2 Ziff. 2 und Ziff. 5, Art. 158 Abs. 1 Ziff. 2 StPO; Art. 19a Ziff. 2 BetmG.

Art. 157 Abs. 2 Ziff. 2 StPO kommt in sehr vielen Verkehrsunfällen zum Tragen, wenn Verkehrsteilnehmer unverschuldet in einen Unfall verwickelt werden, so dass die Staatsanwaltschaft gestützt auf Art. 156 Abs. 2 StPO verpflichtet ist, in Bezug auf die Betroffenen eine Einstellungsverfügung zu erlassen. Andererseits gelangen auch immer wieder Fälle zur Staatsanwaltschaft, wo die Beweislage für den Erlass eines Strafbefehls oder eine Anklageerhebung nicht ausreicht.

VI Verhörerichter

1. Allgemeines

Die Geschäfte wurden durch einen hauptamtlichen und einen nebenamtlichen Verhörerichter (Teilpensum ca. 60 %) sowie durch das Sekretariat erledigt.

2. Tätigkeit

2.1 Eingelangte Untersuchungsgeschäfte

insgesamt	1'058	(1'178)
- Rechtshilfe für auswärtige Amtsstellen	153	(173)
- Amtliche Untersuchungen nach ZPO	2	(0)
- Nichteröffnungen	35	(0)
- Gerichtsstand	2	(0)

2.2. Haftfälle

- männliche	34	(41)
- weibliche	7	(9)

2.3 Tatbestandsgruppen der Untersuchungsgeschäfte

a) StGB

Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben

- Vorsätzliche Tötung	2	(2)
- Fahrlässige Tötung	13	(12)
- Körperverletzung (inkl. Tötlichkeiten)	43	(53)

Delikte gegen das Vermögen	153	(229)
Delikte gegen die Freiheit	14	(20)
Delikte gegen die Familie	13	(5)
Gemeingefährliche Delikte	19	(14)
Urkundenfälschung	12	(8)
andere Delikte	34	(55)

b) andere Bundesgesetze

SVG	239	(369)
ARV	12	(15)
SDR	30	(40)
BetmG	48	(49)
ANAG	35	(93)
Lotteriegesezt	19	(6)
andere	70	(83)

c) kantonales Recht

Jagdverordnung	14	(13)
andere Erlasse	25	(22)

d) ausserordentliche Todesfälle

Selbsttötung		
- männlich	14	(8)
- weiblich	5	(3)

tödliche Bergunfälle	12	(8)
andere Unfälle	29	(29)

e) andere Brandfälle	12	(7)
----------------------	----	-----

3. Bemerkungen

In der Berichtsperiode wurde ein Rückgang der eingegangenen Untersuchungsgeschäfte verzeichnet. Einzelne Untersuchungen (European Kings Club, Betäubungsmittelfall "Onkel") waren jedoch äusserst aufwendig.

Insgesamt konnten (exklusive Rechtshilfe) 842 (760) Geschäfte erledigt werden. In die vergangene Berichtsperiode wurden 119 Pendenzen übernommen und in die laufende 101 übertragen.

VII Jugendanwaltschaft

1. Allgemeines

Im Berichtsjahr 1994/95 wird eine Zunahme der strafbaren Handlungen festgestellt. Die Zunahme der strafbaren Handlungen geht vor allem auf das Konto der SVG-Delikte. Bei den Eigentumsdelikten (Diebstahl, Entwendung, Hehlerei und Sachbeschädigung) konnte erfreulicherweise erneut ein Rückgang festgestellt werden.

2. Tätigkeit

2.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus der Vorperiode übernommen	erledigt	noch pendent
247 (173)	5 (5)	247 (177)	5 (1)

2.2 Art der Erledigung

Strafverfügungen	193	(140)
Einstellungsverfügungen	49	(19)
Überweisung nach Art. 372 StGB	5	(9)

2.3 Art der Massnahmen oder Strafen

Verweise	100	(40)
Bussen	76	(83)
Arbeitsleistungen	3	(10)
Absehen von Massnahmen oder Disziplinarstrafen	14	(6)

2.4 Alter der Verurteilten

Kinder (7. - 15. Altersjahr)		
weiblich	34	(11)
männlich	72	(38)
Jugendliche (15. - 18. Altersjahr)		
weiblich	11	(14)
männlich	76	(77)

2.5 Delikte

StGB	10	(14)
SVG	175	(118)
BetmG	3	(5)
ANAG	2	(-)
Andere	3	(3)

2.6 Vollzug von Strafen und Massnahmen

Hier wurde einzig eine bedingte Entlassung verfügt.

VIII Jugendgericht

Das Jugendgericht hatte in der Berichtsperiode keinen Straffall zu behandeln. Die von den jugendlichen Delinquenten begangenen Delikte konnten von der Jugendanwaltschaft im Rahmen ihrer Strafkompetenz erledigt werden.

C Tätigkeit übriger Behörden

Als übrige Behörden gelten nichtrichterliche Behörden, die durch das Obergericht gewählt wurden oder unter dessen Aufsicht stehen.

I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte

1. Aufsicht über die richterlichen Behörden

Es wurden 4 (4) Aufsichtsbeschwerden eingereicht. 2 Beschwerden richteten sich gegen den Landgerichtspräsidenten Uri, je 1 Beschwerde richtete sich gegen den Verhörrichter II und den Staatsanwalt II. Auf alle 4 Beschwerden wurde nicht eingetreten. Einer noch in der Vorperiode eingereichten Beschwerde gegen den Staatsanwalt II wurde keine weitere Folge gegeben.

2. Aufsicht über die Rechtsanwälte

Gegen im Kanton Uri berufstätige Rechtsanwälte wurden keine (3) Aufsichtsbeschwerden eingereicht. 2 noch in der Vorperiode eingereichte Aufsichtsbeschwerden wurden behandelt. Einer Beschwerde wurde keine weitere Folge gegeben, während die andere gutgeheissen wurde.

3. Erteilung des kantonalen Anwaltspatentes

1994 wurde lic. iur. Bianco Salvatore, 1962, von Schattdorf, und lic. iur. Thomas Dillier, 1966, von Engelberg, das ernerische Anwaltspatent erteilt.

4. Erteilung der Bewilligung zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufes

1994 wurden 31 und 1995 27 generelle Berufsausübungsbewilligungen an Rechtsanwälte mit ausserkantonalem Patent erteilt. 1994 wurde zudem 1 Anwalt die Bewilligung erteilt, eine Partei in einem bestimmten Verfahren zu vertreten.

5. Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 2 staatsrechtliche Beschwerden erhoben. Die Beschwerden wurden vom Bundesgericht abgewiesen, soweit es überhaupt darauf eintrat.

II Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare

In der Berichtsperiode meldeten sich 2 (5) Kandidaten zur Prüfung an, die von beiden erfolgreich bestanden wurde.

III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

1. Beschwerden und Gesuche

In der Berichtsperiode wurden 16 (15) Beschwerden nach Art. 17 SchKG eingereicht. 11 Beschwerden richteten sich gegen Verfügungen des Betreibungsamtes, die übrigen gegen Verfügungen des Konkursamtes, des Sachwalters, der Arrestbehörde und eine Beschwerde richtete sich gegen eine Privatperson. Weiter wurde ein Gesuch um Zusprechung einer Pauschalgebühr für amtliche Konkursverwaltung gestellt. Die Beschwerdeverfahren konnten in der Berichtsperiode abgeschlossen werden. Der Entscheid über das Gesuch musste auf die neue Periode übertragen werden.

Beschwerdeerledigung

Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganze/teilweise Gutheissung	Total
3 (4)	1 (1)	9 (10)	3 (1)	16 (16)

Weiterzüge an das Bundesgericht waren keine zu verzeichnen.

2. Prüfung Geschäftsführung

Eine Delegation der Aufsichtsbehörde prüfte die Geschäftsführung von 19 Betreibungs- sowie der beiden Konkursämter. Die Prüfung zeigte allgemein wiederum eine gute bis sehr gute Amtsführung. Disziplinar massnahmen mussten seitens der Aufsichtsbehörde keine verfügt werden.

IV Betreibungsämter

1. Tätigkeiten nach SchKG

Die Geschäftslast ergibt sich aus der Betreibungsstatistik.

Betreibungsamt	Zahlungsbefehle		Pfändungs- ankündigungen		Pfändungen		Verwertungs- begehren		Konkursan- drohungen	
	94/95	(92/93)	94/95	(92/93)	94/95	(92/93)	94/95	(92/93)	94/95	(92/93)
Altdorf	1823	(1704)	841	(731)	722	(664)	567	(494)	47	(79)
Andermatt	343	(444)	185	(188)	54	(85)	52	(27)	0	(0)
Attinghausen	210	(265)	51	(69)	27	(62)	7	(47)	4	(16)
Bauen	14	(27)	1	(4)	0	(4)	1	(3)	0	(1)
Bürglen	534	(596)	331	(276)	91	(249)	49	(194)	28	(54)
Erstfeld	969	(794)	580	(557)	223	(257)	121	(86)	9	(8)
Flüelen	420	(488)	102	(138)	55	(115)	21	(59)	26	(10)
Göschenen	121	(173)	35	(41)	24	(37)	0	(0)	11	(11)
Gurtellen	310	(287)	165	(166)	61	(70)	45	(37)	29	(29)
Hospental	12	(6)	0	(0)	0	(0)	0	(0)	0	(0)
Isenthal	48	(54)	11	(12)	0	(0)	0	(0)	0	(1)
Realp	12	(14)	0	(1)	0	(0)	1	(0)	0	(0)
Schattdorf	618	(547)	173	(214)	81	(125)	13	(24)	12	(7)
Seedorf	192	(162)	96	(53)	56	(31)	29	(14)	0	(5)
Seelisberg	46	(64)	6	(26)	2	(13)	0	(1)	0	(1)
Silenen	265	(317)	154	(174)	79	(58)	59	(38)	7	(9)
Sisikon	48	(22)	16	(7)	13	(10)	6	(5)	0	(0)
Spiringen	52	(52)	5	(8)	1	(3)	1	(0)	1	(0)
Unterschächen	32	(53)	11	(20)	2	(4)	0	(0)	0	(0)
Wassen	111	(188)	30	(62)	10	(27)	0	(0)	4	(44)
Total	6180	(6257)	2793	(2747)	1501	(1814)	972	(1029)	178	(275)

2. Weitere Tätigkeiten

Die Betreibungsämter führten auch in der vorliegenden Berichtsperiode das Eigentumsvorbehaltsregister sowie das Viehverschreibungsprotokoll.

V Konkursämter

1. Tätigkeitsbericht

Beim Konkursamt gingen in der Berichtsperiode 22 Konkurse ein. Mit den aus der Vorperiode übernommenen Verfahren konnten 12 (25) Verfahren abgeschlossen werden, so dass 15 (18) Verfahren noch nicht erledigt werden konnten. Die Verluste aus ordentlichen und summarischen Konkursverfahren betragen 1994 Fr. 2'272'272.25 und 1995 Fr. 4'090'934.--, somit total Fr. 6'363'206'25 (Fr. 2'521'000.--).

VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

Ein hängig gemachtes Verfahren konnte infolge Gegenstandslosigkeit am Protokoll abgeschrieben werden. Im übrigen hatte die Kommission über keine Begehren zu entscheiden.

3. Teil: Auszüge aus Gerichtsentscheiden

A. Zivil- und Zivilprozessrecht

Nr. 1 Art. 121 ff. ZPO. Entscheid über die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege. Verfahrensgrundsätze.

Obergericht, 22. November 1995, OG-Z-37/95

Aus den Erwägungen:

2. Voraussetzung zur Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege ist mithin einerseits Bedürftigkeit und andererseits nicht Aussichtslosigkeit des Prozesses. Beide Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein. Die Vorinstanz hat vorab die erste Voraussetzung (Bedürftigkeit) geprüft und ist zum Schluss gekommen, dem Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege seien die erforderlichen Angaben und Unterlagen nicht ausreichend beigegeben worden. Diese Argumentation vermag aus den nachfolgenden Ueberlegungen nicht zu überzeugen.

3. Nach Art. 124 Abs. 1 2. Satz ZPO sind dem Gesuch (um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege) die erforderlichen Angaben und Unterlagen beizugeben. Dies bedeutet entgegen der Ansicht der Vorinstanz nicht, dass in diesem Verfahren allein die Verhandlungsmaxime gilt. Das Obergericht hat in verschiedenen früheren Urteilen festgehalten, dass aufgrund des Gesuches um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege die entscheidende Behörde über die Bedürftigkeit des Gesuchstellers gewisse Erhebungen anzustellen habe. Das Gericht könne vom Gesuchsteller Ausweise verlangen oder solche von Amtes wegen anfordern. Diese sollen Auskunft über seine finanziellen Verhältnisse geben (Steuerveranlagung, Lohnausweis, Unterhaltsverpflichtungen usw.). Nach Art. 94 Abs. 2 aZPO sei der Gesuchsteller verpflichtet, die erforderlichen Ausweise vorzulegen. Bei Verweigerung der Auskunft sei das Gesuch abzuweisen (vgl. statt vieler: Urteil des Obergerichtes vom 4. März 1994 i.S. B.S.). Im erwähnten Urteil wurde weiter darauf hingewiesen, dass im Verfahren betreffend Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege die Verhandlungsmaxime nicht uneingeschränkt herrsche. Es wurde bereits ausgeführt, dass die entscheidende Behörde über die Bedürftigkeit eines Gesuchstellers gewisse Erhebungen anzustellen hat. So hat das entscheidende Gericht z.B. insbesondere die offerierten Beweismittel abzunehmen, Ausweise und Unterlagen auch von dritter Seite (z.B. Betreibungsregister-Auszug; Bestätigungen usw.) und vom Gesuchsteller mittels konkreter Fragen sachdienliche Auskünfte einzuholen. Insoweit greift die Untersuchungsmaxime ein. Ein Gesuch darf nicht abgewiesen werden, solange die offerierten Beweismittel und Unterlagen bei Dritten nicht eingeholt und sachdienliche Fragen überhaupt nicht gestellt wurden. Erst wenn ein Gesuchsteller einverlangte Ausweise nicht vorlegt oder Auskünfte verweigert, kann das Gesuch abgewiesen werden. Der Vollständigkeit halber ist auch auf Art. 230 Abs. 2 ZPO hinzuweisen, wonach der Richter den Sachverhalt von Amtes wegen feststellt, wenn der Natur des Begehrens nach ein Gesuchsgegner fehlt. Dies trifft bei einem Gesuch um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege zu. Ganz allgemein erhebt der Richter zudem im summarischen Verfahren Beweis, soweit der Verfahrenszweck es erfordert (Art. 230 Abs. 1 ZPO).

Indem die Vorinstanz zusammenfassend das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege mit der Begründung, die Rekurrentin habe die erforderlichen Angaben und Unterlagen nicht in ausreichendem Masse beigegeben, abgewiesen hat, erweist sich diese Begründung als nicht stichhaltig. Die Vorinstanz hätte vielmehr die erforderlichen Angaben und Unterlagen einzufordern gehabt. Erst wenn die Rekurrentin die einverlangten Ausweise nicht vorgelegt oder Auskünfte verweigert hätte, hätte das Gesuch abgewiesen werden können.

Nr. 2 Art. 121 ff. ZPO, Art. 26 Abs. 2 Bst. c VRPV. Entscheid über die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege. Pflicht zur Wiedererwägung.

Obergericht, 24. April 1996, OG-Z-7/96

Aus den Erwägungen:

2. Zu prüfen ist vorweg die Frage, ob nach einer ersten Abweisung eines Gesuches um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege, für das gleiche Hauptverfahren, bei geänderten Verhältnissen, bei der gleichen Instanz ein zweites Gesuch gestellt werden kann und nach welchen Verfahrensgrundsätzen die Beurteilung dieses Gesuches zu erfolgen hat.

Der Entscheid über die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege erfolgt je nach kantonalem Verfahrensrecht entweder durch das urteilende Gericht oder durch eine Verwaltungsbehörde (vgl. Max Guldener, Schweizerisches Zivilprozessrecht, Zürich 1979, S. 410 Fn 306; Oscar Vogel, Grundriss des Zivilprozessrechts, Bern 1995, S. 285). Da die ernerische ZPO keine ausdrückliche Bestimmung kennt, sind allgemeine prozessuale Grundsätze wie zum Beispiel in Art. 92 ZPO oder Art. 26 Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (VRPV, RB 2.2345) anzuwenden. Die Beweiserhebung erfolgt von Amtes wegen (vgl. Art. 14 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 124 Abs. 1 in fine und 230 ZPO). Insbesondere der Wiedererwägungsgrund nach Art. 26 Abs. 2 lit. c VRPV, die wesentliche Änderung der Umstände seit der ersten Verfügung, ist analog heranzuziehen (vgl. auch Justizkommission des Obergerichtes des Kantons Luzern in LGVE 1987 I Nr. 37). Die Vorinstanz wäre somit verpflichtet gewesen, mit der erforderlichen Sorgfalt zu prüfen, ob geänderte Verhältnisse vorliegen. Wesentlich ist die Änderung der Umstände, wenn sie geeignet ist, zu einer anderen rechtlichen Beurteilung zu führen (vgl. BGE 110 V 141). Die Vorinstanz hätte insbesondere die finanzielle Lage des Rekurrenten durch die Zusammenstellung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse (vgl. E. 5) aufgrund der neu geltend gemachten geänderten Verhältnisse wie dem Wohnungswechsel und der Unterhaltsbeiträge gemäss dem Scheidungskonvenium leicht überprüfen können. Dies hat sie indessen nicht getan.

Nr. 3 Art. 121 ff. ZPO. Voraussetzungen für die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege. Berücksichtigung von privat- und öffentlichrechtlichen Verpflichtungen. Pflicht zur Aufnahme eines Hypothekarkredites für die Prozessfinanzierung. Nichtaussichtslosigkeit des Rechtsbegehrens. Sachliche Gebotenheit der Verbeiständung. Rückwirkung der Bewilligung auf den Zeitpunkt der Gesuchseinreichung. Notwendigkeit der anwaltlichen Aufwendungen.

Obergerichtspräsidium, 27. August 1996, OGP-Z-3/96

Aus den Erwägungen:

2. Der Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege (unentgeltliche Prozessführung, unentgeltlicher Rechtsbeistand) wird durch das kantonale Prozessrecht geregelt. Unabhängig davon wird ein Mindestanspruch direkt aus Art. 4 BV abgeleitet (BGE 121 Ia 61 ff.). Danach hat eine bedürftige Partei Anspruch darauf, dass der Richter in einem für sie nicht aussichtslosen Zivilprozess ohne Hinterlegung oder Sicherstellung von Kosten tätig wird, und dass ihr ein unentgeltlicher Rechtsbeistand ernannt wird, wenn sie eines solchen zur gehörigen Wahrung ihrer Interessen bedarf (BGE 104 Ia 73). Das kantonale Recht beinhaltet keine über Art. 4 BV hinausgehende Regelung.

3. Einer natürlichen Person wird in einem nicht aussichtslos erscheinenden Zivilprozess auf Gesuch hin die unentgeltliche Rechtspflege bewilligt, wenn ihr die Mittel fehlen, um neben dem Lebensunterhalt für sich und ihre Familie die Prozesskosten aufzubringen (Art. 121 Abs. 1 und 2 ZPO). Wenn eine Partei die Prozesskosten wenigstens zum Teil bestreiten kann, ist ihr die unentgeltliche Rechtspflege nur teilweise zu bewilligen (Art. 121 Abs. 3 ZPO). Bedürftigkeit im erwähnten Sinn liegt vor, wenn das Einkommen geringer ist als der zivilprozessuale Zwangsbedarf und die zur Prozessführung erforderlichen Geldmittel auch nicht durch vorhandenes, frei verfügbares Vermögen aufgebracht werden können. Liegt das Einkommen des Gesuchstellers höher als sein zivilprozessualer Zwangsbedarf, ist ferner zu prüfen, ob ihm allenfalls die unentgeltliche Rechtspflege teilweise zu bewilligen ist. Wenn der über dem zivilprozessualen Zwangsbedarf liegende Einkommensanteil und auch das vorhandene, frei verfügbare Vermögen nicht ausreichen, die zur Tilgung der Prozesskosten erforderlichen Geldmittel innert zwei Jahren aufzubringen, hat eine Partei grundsätzlich Anspruch auf eine teilweise Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege.

Massgebend für die Beurteilung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse ist der Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs (vgl. Art. 122 Abs. 2 ZPO, vgl. BGE 120 Ia 179).

Für die Berechnung des zivilprozessualen Zwangsbedarfs ist vom betriebsrechtlichen Existenzminimum bei Lohn- und Verdienstpfindung auszugehen. Als Grundlage dienen die Richtlinien für die Berechnung des Existenzminimums (Notbedarf) nach Art. 93 SchKG vom 1. Januar 1994 der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz. Hinzuzurechnen ist der sogenannte zivilprozessuale Zuschlag, der 20 % des monatlichen Grundbetrags (Richtlinie, Ziff. I) beträgt. Weitere Zuschläge zum monatlichen Grundbetrag sind zu berücksichtigen (effektiver Mietzins, Heizungskosten, Sozialbeiträge, unumgängliche Berufsauslagen, rechtlich oder moralisch geschuldete Unterstützungs- und/oder Unterhaltsbeiträge usw.; Richtlinie, Ziff. II). Weitere Verpflichtungen werden nur berücksichtigt, wenn der Gesuchsteller den Nachweis erbringt, dass diese rechtlich bestehen, nicht ohne grössere Nachteile aufgehoben oder sistiert werden können und dass er diesen bisher tatsächlich nachgekommen ist. Bezüglich zukünftiger Verpflichtungen hat er zudem glaubhaft zu machen, dass er diese bei Fälligkeit wirklich erfüllen wird (vgl. LGVE 1995 I Nr. 34 m.H.). Gemäss geltender ernerischer Gerichtspraxis wird die monatliche Rücklage für Steuern nicht berücksichtigt, besteht doch die Möglichkeit der Stundung oder des Erlasses (Art. 166 und 167 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, DBG, SR 642.11; Art. 200 und 201 Gesetz über die direkten Steuern im Kanton Uri, StG, RB 3.2211) (vgl. BGE 69 III 41 = Pra XXXII 1943 S. 354).

Für die Bemessung der Bedürftigkeit gilt zusätzlich zu prüfen, ob der Gesuchsteller verheiratet ist. Sofern der Gesuchsteller verheiratet ist, besteht eine Unterstützungspflicht des Ehepartners (Art. 159/163 ZGB; vgl. Bühler/Spühler, Berner Kommentar, Ergänzungsband, Art. 145 N 260), unabhängig davon, ob die Ehe auch tatsächlich gelebt wird. Folglich ist die unentgeltliche Rechtspflege erst dann zu bewilligen, wenn der Ehepartner die Kosten nicht vorzuschiessen vermag (vgl. BGE 91 II 253 = Pra 54 1965 S. 425). Nachdem der Ehefrau im Scheidungsverfahren die vollständige unentgeltliche Rechtspflege bewilligt wurde, ist davon auszugehen, dass diese die Kosten nicht vorzuschiessen vermag und somit eine allfällige Unterstützungspflicht der Ehegattin nicht zum Tragen kommt.

4. Die finanzielle Lage des Rekurrenten stellt sich gestützt auf die eingereichten Unterlagen wie folgt dar:

5. Es ist somit davon auszugehen, dass der Gesuchsteller, der über keine liquiden Mittel verfügt, seinen Notbedarf und denjenigen seiner zwei Kinder grundsätzlich nicht zu decken vermag (Fehlbetrag Fr. 734.95). Hingegen ist der Gesuchsteller Eigentümer von HB 396 X. Grundsätzlich darf gemäss BGE 119 Ia 11 ff. (= Pra 84 1995 S. 85 f.) von einem Grundeigentümer verlangt werden, einen Kredit auf sein Grundstück aufzunehmen, soweit dieses noch belastet werden kann. Voraussetzung der Aufnahme eines Hypothekarkredites für die Prozessfinanzierung ist aber, dass eine solche nicht nur möglich, sondern auch konkret tragbar ist (Beat Ries, Die unentgeltliche Rechtspflege nach der aargauischen Zivilprozessordnung vom 18.12.1984, Diss. Zürich 1990, S. 91; vgl. LGVE 1994 I Nr. 23 m.H.). Denn die Auswirkungen der daraus resultierenden Zinsbelastung auf das frei verfügbare Einkommen sind zu berücksichtigen (ebenso: Leuch/Marbach/Kellerhals, Die Zivilprozessordnung für den Kanton Bern, Art. 77 N 3a).

Vorliegend kann der Gesuchsteller bei einem Einkommensdefizit von mindestens Fr. 734.95 keine weiteren Auslagen mehr verkraften. Es kann daher offenbleiben, ob die Bank überhaupt zu einer Erhöhung des Hypothekarkredites bereit wäre.

Die Bedürftigkeit des Gesuchstellers ist damit zu bejahen.

6. Ein Rechtsbegehren ist dann als aussichtslos anzusehen, wenn die Gewinnaussichten erheblich geringer sind als die Verlustgefahren und daher kaum mehr als ernsthaft bezeichnet werden können. Massgebend ist, ob eine Partei, die über die nötigen Mittel verfügt, sich bei vernünftiger Überlegung zu einem Prozess entschliessen oder davon absehen würde; denn eine Partei soll einen Prozess, den sie auf eigene Rechnung und Gefahr nicht führen würde, nicht deshalb anstrengen können, weil er sie nichts kostet (BGE 109 Ia 9). In Verbindung mit der Würdigung der Akten ist eine antizipierte Beweiswürdigung zulässig (BGE 105 Ia 115 E. 2b). In Würdigung der Akten erscheint das Rechtsbegehren des Gesuchstellers im Rekursverfahren nicht als aussichtslos.

7. Die unentgeltliche Rechtsverbeiständung muss sachlich geboten sein. Die konkreten Umstände des Einzelfalles und die Eigenheiten der anwendbaren Verfahrensvorschriften sind zu berücksichtigen. Falls das in Frage stehende Verfahren besonders stark in die Rechtsstellung des

Bedürftigen eingreift, ist die Verbeiständung grundsätzlich geboten, andernfalls bloss, wenn zur relativen Schwere des Falles besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten hinzukommen, denen der Gesuchsteller auf sich alleine gestellt nicht gewachsen ist (BGE 122 I 51 E. 2c/bb, 119 Ia 265 E. 3b). Entscheidend ist dabei allemal die sachliche Notwendigkeit der unentgeltlichen Rechtsverbeiständung im konkreten Fall. Diese Voraussetzung wird im allgemeinen bloss bejaht, wenn die aufgeworfenen Fragen sich nicht leicht beantworten lassen und die gesuchstellende Partei oder ihr ziviler Vertreter selbst nicht rechtskundig ist. Dagegen wird die sachliche Notwendigkeit nicht bereits dadurch ausgeschlossen, dass das in Frage stehende Verfahren von der Officialmaxime oder dem Untersuchungsgrundsatz beherrscht wird, mithin die beteiligte Behörde ihrerseits gehalten ist, an der Sammlung des Prozessstoffs mitzuwirken (BGE 119 Ia 265 E. 3b). Das Rekursverfahren OG-Z-13/96 betreffend vorsorgliche Massnahmen steht im Kontext einer Kampfscheidung. Die Rekursgegnerin hat gegen den angefochtenen Entscheid ebenfalls Rekurs eingelegt und ist im ganzen Ehescheidungsverfahren ebenfalls anwaltlich vertreten. Die unentgeltliche Rechtsverbeiständung des Gesuchstellers ist sachlich geboten.

8. Die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wirkt grundsätzlich auf den Zeitpunkt der Gesuchseinreichung zurück (Art. 122 Abs. 2 ZPO; vgl. auch BGE 120 Ia 16 E. 3d u. f.). Bemühungen eines Anwalts vor der Gesuchseinreichung um Ernennung zum Rechtsbeistand sind vom Staat grundsätzlich nicht zu entschädigen (ebenso Justizkommission des Obergerichts Luzern in LGVE 1995 I Nr. 36 m.H.). Besondere Gründe, wie sachlich zwingende und zeitlich dringliche Prozesshandlungen vor Gesuchseinreichung, können eine weitergehende Rückwirkung ausnahmsweise möglich machen (vgl. Studer/Rüegg/Eiholzer, Der Luzerner Zivilprozess, Kriens 1994, N 4 zu § 131 ZPO). Wird die Klage oder das Rechtsmittel gleichzeitig mit dem Gesuch um Erteilung der unentgeltlichen Rechtspflege eingereicht, ist zudem eine beschränkte Rückwirkung gerechtfertigt, weil sich diese anwaltliche Verrichtung im Zusammenhang mit der Abklärung der Prozesschancen als notwendig erweisen kann (BGE 120 Ia 17 f. E. 3 lit. f).

Aus Gesagtem ergibt sich, dass dem Gesuchsteller für das Rekursverfahren OG-Z-13/96 die vollständige unentgeltliche Rechtspflege ab dem 30. Mai 1996 zu bewilligen und RA Y., als unentgeltlicher Rechtsbeistand zuzuweisen ist. Gleichzeitig wird die Wirkung der unentgeltlichen Verbeiständung auf das Verfassen der Rekurschrift und die dafür nötigen Vorarbeiten ausgedehnt.

9. (Entscheidgebühren)

10. Eine Parteientschädigung entfällt. Die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wirkt, wie bereits ausgeführt, grundsätzlich auf den Zeitpunkt der Gesuchseinreichung zurück (Art. 122 Abs. 2 ZPO; E. 8). Ersetzt werden einzig die notwendigen anwaltlichen Aufwendungen (LGVE 1995 I Nr. 37). Das Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege bedarf nur einer kurzen Begründung (Art. 124 Abs. 3 i.V.m. Art. 227 Abs. 1 ZPO). Die erforderlichen Angaben und Unterlagen können regelmässig vom Gesuchsteller selbst beigebracht werden.

Nr. 4 Art. 15 Abs. 3 ZPO. Bedeutung der Zinsen für die Streitwertberechnung. Obergericht, 24. April 1996, OG-Z-5/96

Aus den Erwägungen:

1. Gegen den Entscheid des Landgerichtspräsidenten steht der Rekurs zu, soweit die Zivilprozessordnung den Entscheid nicht als endgültig bezeichnet oder den Rechtsmittelweg anders ordnet (Art. 250 Abs. 1 Zivilprozessordnung, ZPO, RB 9.2211). Rechtsöffnungsstreitigkeiten, deren Streitwert 4'000.-- Franken nicht übersteigt, entscheidet der Landgerichtspräsident endgültig (Art. 8 Abs. 2 ZPO i.V.m. Art. 250 Abs. 1 lit. b ZPO).

Es ist von Amtes wegen zu prüfen, ob der für die Rekursfähigkeit geforderte Streitwert gegeben ist. Dabei vermag eine (allfällig) fehlerhafte Rechtsmittelbelehrung ein nicht gegebenes Rechtsmittel nicht zu schaffen (BGE 108 III 25 f.).

a) Die Zulässigkeit eines Rechtsmittels richtet sich nach dem Streitwert, der beim Erlass des angefochtenen Entscheids massgebend war (Art. 15 Abs. 4 ZPO). Bei der Berechnung des Streitwerts im Zusammenhang mit der Ergreifung eines Rechtsmittels ist somit nicht auf die mit dem Rechtsmittel gestellten Begehren oder auf die Urteilsbegründung des erstinstanzlichen Richters abzustellen, sondern ausschliesslich auf den Streitwert bei der Fällung des angefochtenen

Entscheid (vgl. Studer/Rüegg/Eiholzer, Der Luzerner Zivilprozess, Kriens 1994, N 5 zu § 19 m.H.).

b) Zinsen sind, soweit sie akzessorisch zu einer streitigen Kapitalforderung und nicht als eigenständige Forderung geltend gemacht werden, ausnahmslos nicht in die Streitwertberechnung einzubeziehen (Art. 15 Abs. 3 ZPO). Dies gilt ebenso für rückständige Zinsen, Zinsverluste und zum Kapital aufgerechnete Zinsen, bei Forderungen aus Wertpapieren auch für den Gegenstand der ihnen beigegebenen Coupons (BGE 61 II 335 E. 1, 31 II 795). Nicht akzessorisch sind hingegen jene Zinsen, die Berechnungskomponenten für Regressforderungen oder für Forderungen aus ungerechtfertigter Bereicherung darstellen und in diesen neuen Hauptforderungen aufgegangen sind (BGE 118 II 364 m.H.). Entscheidend unter dem Gesichtspunkt von Art. 15 Abs. 3 ZPO ist dabei allein das Merkmal der Akzessorietät zur eingeklagten Hauptforderung. Dabei ist es unerheblich, ob es sich hierbei um vertragliche oder gesetzliche Zinsen handelt. Beide Zinsen dienen dazu, den Gläubiger schadlos zu halten, und beide sind einer Hauptforderung zugeordnet, von der sie abhängen (vgl. Studer/Rüegg/Eiholzer, a.a.O., N 4 zu § 18; Leuch/Marbach/Kellerhals, Die Zivilprozessordnung für den Kanton Bern, Bern 1995, N 2 zu Art. 138; Max Kummer, Grundriss des Zivilprozessrechts, Bern 1984, S. 110; BGE 118 II 363 f. m.H.).

Da vorliegend die Kapitalforderung allein die von Art. 250 Abs. 1 lit. b ZPO verlangte Streitwertgrenze nicht erreicht, ist auf den Rekurs nicht einzutreten.

Nr. 5 Art. 107 ff. ZPO. Kostenentscheid. Unzulässigkeit der Verpflichtung der obsiegenden Rekurrentin zur Übernahme der Gerichtskosten der unterlegenen Rekursgegner unter Verweisung auf das Regressrecht (E. 2).

**Art. 99 Abs. 1 ZPO. Wirkung der Eröffnung des Entscheids im Dispositiv (E. 3).
Obergericht, 31. Januar 1996, OG-Z-48/95**

Aus den Erwägungen:

2. Die Rekurrentin bemängelt am vorinstanzlichen Urteil einzig den Umstand, dass die Verfahrenskosten wohl den unterlegenen Rekursgegnern überbunden, indessen aber ihrer Ansicht nach zu Unrecht mit dem von ihr geleisteten Kostenvorschuss gedeckt bzw. verrechnet wurden, wobei ihr hierfür Regress auf die Rekursgegner eingeräumt wurde.

Die Rekurrentin setzt sich durchaus zu Recht gegen die Verpflichtung zur Übernahme der Verfahrenskosten der Rekursgegner und ihrer Verweisung auf das Regressrecht zur Wehr. Das Obergericht hat bereits im Urteil vom 9. Dezember 1994 zwischen den Parteien unter Hinweis auf das wegleitende Urteil des Obergerichtes vom 4. Mai 1983 (publiziert in Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege des Kantons Uri in den Jahren 1982 und 1983, S. 51 f.) zusammenfassend festgestellt, dass eine Bestimmung, wonach die Verfahrenskosten zwar der einen Partei auferlegt, jedoch bei der anderen erhoben werden dürften, die ernerische ZPO nicht kenne. Um Wiederholungen zu vermeiden, kann auf Erwägung 6 des Urteils des Obergerichtes des Kantons Uri vom 9. Dezember 1994 verwiesen werden. Wohl ist in der Zwischenzeit die Zivilprozessordnung revidiert worden. Allein, eine Bestimmung in erwähntem Sinne hat keine Aufnahme in die neue ZPO gefunden. An den wegleitenden Ausführungen im bereits erwähnten Urteil des Obergerichtes vom 4. Mai 1983 und damit an der entsprechenden Praxis ist festzuhalten, was zur Gutheissung dieses Rekurses und zur Aufhebung des zweiten Satzes der Ziffer 2 des Dispositivs des angefochtenen Urteils führt.

3. Der vorliegende Rekurs ist auch aus anderen Gründen gutzuheissen. Zu Recht weist nämlich die Rekurrentin daraufhin, dass die Vorinstanz mit Datum vom 26. Oktober 1995 einen Auszug aus dem Protokoll vom 12. Oktober 1995 zugestellt hat. Gegenstand dieses Auszuges bilde das Dispositiv, wobei Ziffer 2 anders formuliert sei als im Gesamturteil. Im Auszug nämlich sei nirgends davon die Rede, dass die Verfahrenskosten mit dem von der Rekurrentin geleisteten Kostenvorschuss gedeckt werden sollen und hierbei ihr Regress auf die Rekursgegner eingeräumt werde.

Aus den Akten ist in der Tat ersichtlich, dass sich die Bestimmung, die Verfahrenskosten würden unter anderem mit dem von der Klägerin geleisteten Kostenvorschuss gedeckt, wobei der Klägerin hierfür Regress auf die Beklagten eingeräumt werde, im Dispositiv nicht findet. Diese

Bestimmung erscheint zum ersten Mal in der schriftlich motivierten Ausfertigung des angefochtenen Urteils, das am 13. November 1995 zugestellt wurde. Nach Art. 99 Abs. 1 ZPO wird der Entscheid den Parteien regelmässig zuerst im Dispositiv schriftlich eröffnet. Danach erfolgt die Eröffnung des ausführlichen Entscheids, wenn die Parteien nicht auf die Begründung verzichtet haben. Der Richter bleibt an den unmittelbar nach der Abstimmung eröffneten Rechtsspruch gebunden (Studer/ Rüegg/Eiholzer, Der Luzerner Zivilprozess, § 109 N 2, S. 164). Ein einmal eröffnetes Dispositiv kann mit anderen Worten nicht mehr abgeändert werden, was an sich eine Selbstverständlichkeit darstellt. Von diesem Grundsatz kann höchstens abgewichen werden, wenn der Entscheid offenkundige Versehen wie Schreibfehler, Rechnungsirrtümer, irrtümliche Bezeichnung der Parteien oder dergleichen enthält. In diesem Fall kann der Entscheid nach Art. 268 ZPO berichtigt werden. Allein, dass der angefochtene Entscheid an einem solchen Mangel gelitten hätte, wird von der Vorinstanz nicht einmal geltend gemacht. Da die Vorinstanz an den im Protokollauszug vom 12. Oktober 1995 eröffneten Rechtsspruch gebunden ist, kann die erst in der schriftlich motivierten Ausfertigung des angefochtenen Urteils Aufnahme gefundene fragliche Bestimmung keine Rechtswirkung entfalten.

Nr. 6 Art. 151 Abs. 1 ZGB, Art. 22 Abs. 1 FZG. Ehescheidung. Bemessung der Entschädigung nach Art. 151 Abs. 1 ZGB. Bedeutung und Anwendung von Art. 22 Abs. 1 FZG. Obergericht, 4. Oktober 1995, OG-Z-31/95

Aus den Erwägungen:

3. Werden durch die Scheidung die Vermögensrechte oder die Anwartschaften für den schuldlosen Ehegatten beeinträchtigt, so hat ihm der schuldige Ehegatte eine angemessene Entschädigung zu entrichten (Art. 151 Abs. 1 ZGB). Dieser Artikel hat den Zweck, grundsätzlich jeden Schaden zu decken, der bei der Scheidung dadurch entsteht, dass die Versorgung der Ehegatten und der Kinder nicht mehr durch das einträchtige Zusammenwirken von Mann und Frau im gemeinsamen Haushalt gesichert ist (BGE 115 II 8 f., 107 II 400). In welchem Masse nach der Scheidung beide Ehegatten für ihren eigenen Unterhalt sorgen können und müssen, hängt von den konkreten Umständen des Einzelfalles ab (Schnyder, ZBJV 121/1985, S. 83; Hausheer, Das neue Eherecht und seine Auswirkungen auf die Scheidung, Berner Tage für die juristische Praxis [BTJP] 1987, Bern 1988, S. 211 ff.). Gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichtes hat der Richter bei der Festlegung folgenden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen: Dauer der Ehe, Schwere des Verschuldens des Rentenpflichtigen, Alter und Gesundheitszustand des Ehegatten, der Rentengläubiger ist, seine Ausbildung, seine finanzielle und wirtschaftliche Situation im allgemeinen, aber auch die Möglichkeit für diesen Ehegatten, eine volle oder teilweise Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die Rente muss jedoch mindestens solange gewährleistet sein, als die der Mutter zugeteilten Kinder eine Erziehung und intensive Pflege benötigen - das heisst im allgemeinen bis zum 16. Altersjahr des jüngsten Kindes - und für die wahrscheinliche Dauer der beruflichen Wiedereingliederung der Ehefrau (BGE 115 II 431 f. = Pra 79 Nr. 164 S. 582). Gemäss der Rechtsprechung ist bei Scheidung nach langer Ehedauer dem haushaltsführenden Ehegatten, der auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet hat, die Wiederaufnahme einer solchen dann nicht mehr zuzumuten, wenn er im Zeitpunkt der Scheidung das 45. Altersjahr erreicht hat. Wird er vor dieser Altersgrenze geschieden, hat er unter Vorbehalt besonderer Umstände, wie etwa eines schlechten Gesundheitszustandes, nur auf eine befristete Unterhaltsrente Anspruch (BGE 114 II 10 ff.; Hausheer BTJP 1987, S. 216 ff. mit weiteren Hinweisen). Das Bundesgericht vertritt die Auffassung, dass die Entschädigung für eine fehlende Altersvorsorge in die Bemessung der Unterhaltersatzrente nach Art. 151 Abs. 1 ZGB einzubeziehen ist, was mit einer Erhöhung der Rente oder mit einer längeren Rentendauer erreicht werden kann (Hinderling/Steck, Das schweizerische Ehescheidungsrecht, Zürich 1995, S. 336).

4. Der Berufungskläger bestreitet - zu Recht - nicht, dass die Berufungsbeklagte grundsätzlich Anspruch auf eine Entschädigung als Abgeltung für sozialversicherungsrechtliche und pensionsversicherungsrechtliche Ansprüche bzw. für den Aufbau einer angemessenen Altersvorsorge hat. Er verlangt indessen, wie bereits erwähnt, eine Herabsetzung dieses Betrages von Fr. 350.-- pro Monat auf Fr. 156.-- pro Monat. Die Herabsetzung wird im wesentlichen mit der Argumentation

begründet, seine Austrittsleistung bei seiner Pensionskasse betrage per 1. Januar 1995 Fr. 75'789.-- und entspreche dem Altersguthaben per 1. Januar 1995. Die Berufungsbeklagte habe Anspruch auf eine statutarische Freizügigkeitsleistung von Fr. 2'311.30. Vorerst sei die statutarische Freizügigkeitsleistung der Berufungsbeklagten von Fr. 2'311.30 von der Austrittsleistung des Berufungsklägers im Betrage Fr. 75'789.-- in Abzug zu bringen. Die im folgenden massgebende Austrittsleistung des Berufungsklägers betrage dementsprechend Fr. 73'478.--. Der maximal der Berufungsbeklagten zuzusprechende Anteil an dieser Austrittsleistung betrage 50 %, was einem Betrag von Fr. 36'739.-- entspreche. Werde diese maximale Kapitalabfindung in Rentenform ausgerichtet, ergebe sich eine Jahresrente von Fr. 1'873.50, was einem Monatsbetrag von Fr. 156.-- entspreche. Aus der Bestimmung von Art. 22 Abs. 1 Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG), wonach bei Ehescheidung das Gericht bestimmen kann, dass ein Teil der Austrittsleistung, die ein Ehegatte während der Dauer der Ehe erworben hat, an die Vorsorgeeinrichtung des anderen übertragen und auf scheidungsrechtliche Ansprüche, welche die Vorsorge sicherstellen, angerechnet wird, leitet der Berufungskläger ab, der der Berufungsklägerin zuzusprechende Anteil an dieser Austrittsleistung betrage maximal 50 %.

Mit dieser Argumentation übersieht der Berufungskläger vorab, dass es sich bei Art. 22 Abs. 1 FZG nicht um eine materiellrechtliche Bestimmung handelt, wie die Höhe des Betrages der erwähnten Rente festzusetzen ist. Vielmehr handelt es sich um eine reine Vollzugsbestimmung, führt doch der Bundesrat in seiner Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 26. Februar 1992 aus, neue Ansprüche würden mit Art. 22 Abs. 1 FZG nicht begründet. Es gehe nur darum, eine Finanzierungsquelle für bereits bestehende Ansprüche zu eröffnen. Die nach dem geltenden Art. 151 ZGB festzusetzende Entschädigung für den Verlust von Anwartschaften - wie unter Umständen auch ein Unterhaltsanspruch nach Art. 152 ZGB - könne durch Uebertragung eines Teils der während der Dauer der Ehe erworbenen Austrittsleistung beglichen werden (BBI 144, Band III, S. 598 f.). Art. 22 FZG engt mithin den Ermessensbereich des Richters bei der Festsetzung des Unterhaltsbeitrages weder ein noch aus. Die Höhe der Rente ist im vorliegenden Fall vielmehr nach den in Erwägung 3 genannten Kriterien festzusetzen. ...

5. Nach heutiger Rechtsprechung des Bundesgerichtes können die Entschädigungsrente nach Art. 151 Abs. 1 ZGB, soweit sie Ersatz für ehelichen Unterhalt darstellt, und die Bedürftigkeitsrente nach Art. 152 ZGB vom Richter mit einer Indexklausel versehen werden (Bühler/Spühler, Berner Kommentar, N 57 zu Art. 151 ZGB). Voraussetzung der Indexierung der Rente gegen den Willen des Verpflichteten (Arbeitnehmer oder Selbständigerwerbender) ist, dass erwartet werden kann, das Einkommen des Verpflichteten werde der Teuerung regelmässig voll angeglichen werden (Bühler/Spühler, a.a.O., N 58 zu Art. 151 ZGB mit Hinweisen). Der Berufungskläger bestreitet nicht, dass sein Einkommen an die Teuerung angepasst werde. Demzufolge hat die Vorinstanz zu Recht auch die Rente betreffend Abgeltung für sozialversicherungsrechtliche und pensionsversicherungsrechtliche Ansprüche indexiert. Die Berufung erweist sich auch in diesem Punkt als unbegründet.

6. Der Berufungskläger stellt eventualiter den Antrag, anstelle der obgenannten Rente habe das Gericht die Pensionskasse der X. AG gemäss Art. 22 Abs. 2 FZG anzuweisen, der Eidgenössischen Versicherungskasse, eventuell der Auffangeinrichtung gemäss Art. 60 BVG zu Gunsten der gebundenen Vorsorge der Berufungsbeklagten eine Austrittsleistung von maximal Fr. 36'739.- zu bezahlen. Wie bereits in Erwägung 4 ausgeführt, handelt es sich bei Art. 22 Abs. 1 FZG um eine Vollzugsbestimmung. Daraus lässt sich nichts für die Höhe des monatlichen Beitrages zu Gunsten des Berufungsklägers ableiten. Würde mithin das Obergericht verfügen, dass ein Teil der Austrittsleistung des Berufungsklägers an die Vorsorgeeinrichtung der Berufungsbeklagten übertragen werde soll, wäre das Obergericht keineswegs an die vom Berufungskläger eventualiter geltend gemachte Höhe gebunden. Allein, von einer Abtretung von Vorsorgeansprüchen darf in der Regel auch dann abgesehen werden, wenn der Ehefrau bei der Scheidung lebenslängliche Unterhaltsbeiträge zugesprochen werden und eine Wiederverheiratung der Ehefrau nicht in Betracht gezogen wird. Denn hier gewährleistet ein guter Vorsorgeschutz des unterhaltsverpflichteten Ehegatten auch den Vorsorgeschutz für seine geschiedene Partnerin. Mit der Pensionierung hat der Unterhaltsschuldner aus seinen Vorsorgeguthaben weiterhin die Alimente zu bezahlen und mit seinem Tod steht der geschiedenen Frau im Rahmen der obligatorischen Versicherung nach Art. 19 BVG und Art. 20 BVV 2 und im ausserobligatorischen Bereich nach dem Reglement der Vor-

sorgeeinrichtung eine Witwenrente zu, die durch die Abtretung von Vorsorgeansprüchen bei der Scheidung geschmälert würde (Ruth Reusser, Die Vorsorge für die geschiedene Ehefrau unter besonderer Berücksichtigung von Art. 22 des neuen Freizügigkeitsgesetzes, AJP 12/94 S. 1518). Nachdem im vorliegenden Fall der Vorsorgeschutz des Berufungsklägers auch den Vorsorgeschutz der Berufungsbeklagten gewährleistet und die Berufungsbeklagte im übrigen keine Abtretung von Vorsorgeansprüchen verlangt, erweist sich auch vorliegendes Eventual-Begehren als unbegründet und ist demzufolge abzuweisen.

Nr. 7 Art. 257d OR. Ausweisung aus Mietobjekt. Rechtsanwendung von Amtes wegen. Unwirksamkeit der verfrühten Kündigung. Berufung auf Unwirksamkeit setzt nicht Anfechtung innert Frist voraus.

Obergericht, 4. Oktober 1995, OG-Z-39/95

Aus den Erwägungen:

2. Es ist unbestritten, dass die Parteien einen Mietvertrag mit Mietbeginn am 1. Mai 1994 im Sinne von Art. 253 ff. OR abgeschlossen haben. Ist der Mieter nach der Uebernahme der Sache mit der Zahlung fälliger Mietzinse oder Nebenkosten im Rückstand, so kann ihm der Vermieter gemäss Art. 257d Abs. 1 OR schriftlich eine Zahlungsfrist setzen und ihm androhen, dass bei unbenütztem Ablauf der Frist das Mietverhältnis gekündigt werde. Diese Frist beträgt mindestens 10 Tage, bei Wohn- und Geschäftsräumen mindestens 30 Tage. Beahlt der Mieter innert der gesetzten Frist nicht, so kann der Vermieter nach Art. 257d Abs. 2 OR fristlos, bei Wohn- und Geschäftsräumen mit einer Frist von mindestens 30 Tagen auf Ende eines Monats kündigen.

Es ist weiter unbestritten, dass der Rekursgegner den Mietzins für die Monate April und Mai 1995 nicht rechtzeitig entrichtete. Berechtigterweise setzte daher der Rekurrent dem Rekursgegner am 6. Juni 1995 eine letzte Zahlungsfrist von 30 Tagen, den Zins für diese Monate zu begleichen und drohte ihm an, dass er ihm gemäss Art. 257d Abs. 2 OR das Atelier an der auf 30 Tage kündigen werde, falls er den Zins bis zum 6. Juli 1995 nicht bezahlt haben sollte. Am 30. Juni 1995, mithin vor Ablauf der 30-tägigen Zahlungsfrist, kündigte der Rekurrent mittels amtlichem Formular gemäss Art. 266l OR den Mietvertrag per sofort. Diese Kündigung wurde vom Rekursgegner in der Folge - was unbestritten blieb - nicht angefochten. Am 4. August 1995 reichte der Rekurrent bei der Vorinstanz ein Mietausweisungsgesuch ein, welches von dieser mit Entscheidung vom 28. August 1995 abgewiesen wurde.

In Ziff. II. 3 der Rekurschrift vom 8. September 1995 macht der Rekurrent im wesentlichen geltend, die Vorinstanz habe nicht nur das Ausweisungsbegehren abgelehnt, sondern auch gleich noch erwogen, die Kündigung sei "nicht gültig", obwohl der Rekursgegner die Kündigung erwiesenermassen nicht angefochten habe. Solches habe nun nicht einmal die Gegenpartei behauptet. Die Vorinstanz verkenne somit, dass sie nicht über die Rechtsgültigkeit der Kündigung zu entscheiden gehabt habe, sondern über ein Ausweisungsbegehren nach erfolgter rechtsgültiger Kündigung. Hätte der Rekursgegner die Kündigung an und für sich anfechten wollen, hätte er dies innert 30 Tagen nach deren Erhalt tun können und zwar bei der Kantonalen Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse. Die Vorinstanz sei überhaupt nicht zuständig für die von ihr beurteilte Rechtsfrage. Mit dieser Argumentation übersieht der Rekurrent vorab, dass der Richter das Recht von Amtes wegen anwendet (Art. 93 ZPO). Es spielt daher keine Rolle, ob sich eine Partei zur Begründung der Klage oder zu ihrer Abwehr auf die zutreffenden Rechtssätze berufen hat oder nicht. Nach dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs sind die Parteien berechtigt, dem Gericht ihre Rechtsauffassung darzulegen (vgl. Art. 84 Bst. g ZPO). Eine Partei erleidet aber keinen Nachteil, wenn sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht oder wenn sie ihren Antrag zur Klage auf eine unzutreffende Gesetzesbestimmung stützt, sofern er nur im Ergebnis als begründet erscheint. Ob dies zutrifft, hat das Gericht von Amtes wegen zu entscheiden (iura novit curia)(Max Guldener, Schweizerisches Zivilprozessrecht, 3. Auflage, S. 156). Es ist daher im folgenden zu prüfen, ob die Vorinstanz zu Recht zum Schluss gekommen ist, es liege eine gültige Kündigung nicht vor.

3. Wie bereits in E. 2 ausgeführt, hat der Rekurrent wohl zu Recht gestützt auf Art. 257d Abs. 1 OR dem Mieter angedroht, dass bei unbenütztem Ablauf der Frist zur Zahlung fälliger Mietzinse das Mietverhältnis gekündigt werde. Nun hat er aber die 30-tägige Frist nicht abgewartet, sondern

bereits vor Ablauf derselben die fristlose Kündigung bzw. die Kündigung auf Ende Juli 1995 ausgesprochen. Es stellt sich daher vorab die Frage, welche rechtliche Folge diese verfrühte Kündigung nach sich zieht. Wohl hat das Bundesgericht im Entscheid 119 II 155 festgehalten, eine im erwähnten Sinne verfrühte Kündigung müsse gemäss Art. 273 Abs. 1 OR innerhalb von 30 Tagen angefochten werden, sonst sei sie als wirksam zu betrachten. Daraus ergebe sich zum einen, dass in Bezug auf die Festlegung des Beginns der Kündigungsfrist für eine analoge Anwendung von Art. 266a Abs. 2 OR kein Raum bleibe. Zum andern könne sich der Mieter, falls er die Kündigung nicht fristgemäss angefochten habe, im Rahmen des Ausweisungsverfahrens nicht mehr darauf berufen, die Kündigung sei gesetzeswidrig erfolgt, weil sie vor Ablauf der Zahlungsfrist ausgesprochen worden sei. Dagegen dränge es sich wohl auf, andere gegen die Kündigung gerichtete Einwände oder Einreden noch im Ausweisungsverfahren zuzulassen, wenn sie wegen der verfrüht abgegebenen Kündigungserklärung vom Mieter nicht vorher geltend gemacht hätten werden können. Dieser Entscheid ist indessen vor allem in der Literatur auf Kritik gestossen. So erachtet Peter Higi (Zürcher Kommentar, N 47 zu Art. 257d OR) die Auffassung des Bundesgerichtes, eine verfrühte, vor dem tatsächlichen Ablauf der Zahlungsfristansetzung ausgesprochene Kündigung sei nicht wirkungslos (nichtig), sondern gültig und lediglich anfechtbar, aus mehreren Gründen für unzutreffend, da sie auf falschen Prämissen beruhe. Nicht gültig, sondern nach richtiger Auffassung wirkungslos ist jede ausserordentliche Kündigung, wenn ihr das Prozedere gemäss Abs. 1 nicht oder nur unvollständig vorausgegangen ist. Denn das Prozedere gemäss Abs. 1 sichert die Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzung der Berechtigung des Vermieters, überhaupt eine ausserordentliche Kündigung aussprechen zu dürfen (Voraussetzungen sind: Zahlungsrückstand, Fristansetzung verbunden mit der Kündigungsandrohung, Ausbleiben der Leistung innert der Nachfrist). Kündigungen, die ergehen, ohne dass die dafür erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind, müssen daher als Kündigung eines Nichtberechtigten betrachtet werden (Peter Higi, a.a.O., N 57 zu Art. 257d OR). Das Bundesgericht hat unter anderem die eben erwähnte Kritik in einem neuen Entscheid zum Anlass genommen, die in BGE 119 II 147 E. 4 begründete Rechtsprechung zu ändern. Das Bundesgericht kam im Entscheid 121 III 156 zum Schluss, nur gültige Kündigungen würden den besonderen Bestimmungen über den Kündigungsschutz (Art. 271 ff. OR) unterstehen. Unwirksame Kündigungen, wie zum Beispiel nichtige Kündigungen, müssen deshalb nicht innerhalb der 30-tägigen Frist von Art. 273 Abs. 1 OR angefochten werden. In Erwägung 1 c) aa) hat das Bundesgericht festgehalten: "Il est donc inexact d'affirmer que tous les congés que la loi ne frappe pas de nullité sont annulables et doivent, en conséquence, être attaqués dans le délai de 30 jours de l'art. 273 al. 1 CO. A côté des congés radicalement nuls ou désignés comme tels, il en existe d'autres qui, sans être annulables, sont inefficaces et dénués d'effet (unwirksam, wirkungslos) parce qu'ils ne satisfont pas aux exigences légales ou contractuelles auxquelles est subordonné leur exercice. A titre d'exemples de cette catégorie de congés, on peut citer le congé motivé par le défaut de paiement du loyer alors qu'en réalité le loyer a été payé, le congé donné pour de justes motifs qui ne sont pas réalisés, le congé signifié pour une date ne correspondant pas au terme contractuel ou légal (cf. l'art 266a al 2 CO), le congé donné en raison d'une violation des devoirs de diligence qui se révélera inexistante, etc. Dans de tels cas, celui qui reçoit un congé inefficace et sans effet, ou qui est mis en face d'une résiliation abrupte injustifiée, n'est nullement tenu d'agir dans les 30 jours devant l'autorité de conciliation, et son inaction dans ce délai ne saurait rendre le congé efficace." Aufgrund dieser Ausführungen steht für das Obergericht fest, dass die vorliegend verfrühte Kündigung wohl nicht nichtig, aber unwirksam ist. Sie muss deshalb nicht innerhalb der 30-tägigen Frist von Art. 273 Abs. 1 OR angefochten werden, damit sich der Rekursgegner auf die Unwirksamkeit berufen könnte. Steht damit fest, dass im vorliegenden Fall eine wirkungslose Kündigung vorliegt, hat die Vorinstanz zu Recht das Mietausweisungsgesuch des Rekurrenten abgewiesen, was auch zur Abweisung des vorliegenden Rekurses führt.

Nr. 8 Art. 257d OR Ausweisung aus Mietobjekt und Anfechtung Kündigung. Die für die Ausweisung zuständige Behörde entscheidet auch über die Wirkung der Kündigung, wenn der Vermieter wegen Zahlungsrückstand des Mieters gekündigt hat. Art. 257d OR verlangt ein zweistufiges Vorgehen des Vermieters. Die Mietausweisung kann nicht auf den Kündigungstermin, sondern nur auf einen späteren Zeitpunkt hin anbegehrt werden.

Landgerichtspräsidium Uri, 4. November 1994

Aus den Erwägungen:

1. Ficht der Mieter eine ausserordentliche Kündigung an, und ist ein Ausweisungsverfahren hängig, so entscheidet die für die Ausweisung zuständige Behörde auch über die Wirkung der Kündigung wenn der Vermieter wegen Zahlungsrückstand des Mieters gekündigt hat (Art. 274g OR). Diese Bestimmung enthält eine von Bundesrechts wegen zwingend vorgeschriebene sachliche Zuständigkeitsordnung: die Grundsätzliche Kompetenz der Kantone zur Bezeichnung der zuständigen Behörden und zur Ausgestaltung des Verfahrens im Sinne von Art. 274 OR wird mit dieser als Regelung einer sachlichen Zuständigkeit zwingenden Norm eingeschränkt.

Das Eventualbegehren der Gesuchstellerin, es sei das Mietverhältnis bis mindestens 31. Dezember 1997 zu erstrecken, hat die Schlichtungsbehörde zu beurteilen (Art. 273 OR). Immerhin ist begleitend zu bemerken, bei Kündigungen infolge Zahlungsrückstand des Mieters ist die Erstreckung ausgeschlossen (Art. 272a OR).

Das Verfahren hat sich im ordentlichen Rahmen abgewickelt. Von einer Verletzung des rechtlichen Gehörs der Gesuchsgegnerin kann nicht gesprochen werden.

2. Ist der Mieter nach der Übernahme der Mietsache mit der Zahlung fälliger Mietzinse im Rückstand, so kann ihm der Vermieter schriftlich eine Zahlungsfrist setzen und androhen, dass bei unbenutztem Ablauf der Frist das Mietverhältnis gekündigt werde; diese Frist beträgt bei Wohn- und Geschäftsräumen mindestens 30 Tage (Art. 257d OR). Der Wortlaut dieser Regel ist eindeutig. Aus der Formulierung, der Vermieter könne eine Zahlungsfrist setzen und dem Mieter androhen, dass bei unbenutztem Ablauf der Frist das Mietverhältnis gekündigt werde, ergibt sich klar die Vorstellung des Gesetzgebers von einem zweistufigen Vorgehen des Vermieters. Nach dieser Vorstellung hat der Vermieter in einem ersten Schritt den Mieter zur fristgemässen Zahlung des Mietzinses aufzufordern, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass er, falls die Zahlung ausbleibt, die Kündigung aussprechen werde. Nachdem der Vermieter den Ablauf der Frist abgewartet hat, steht ihm dann die Möglichkeit zu, in einem zweiten Schritt das Mietverhältnis durch ausserordentliche Kündigung zu beenden. In die gleiche Richtung deutet im übrigen Wortlaut von Art. 266n OR, denn dort ist von der Ansetzung einer Zahlungsfrist mit Kündigungsandrohung die Rede.

Gemäss ständiger Rechtsprechung ist eine Gesetzesbestimmung in erster Linie nach ihrem Wortlaut auszulegen. An einen klaren und unzweideutigen Gesetzeswortlaut ist die rechtsanwendende Behörde grundsätzlich gebunden. Eine Auslegung entgegen dem Wortlaut kann sich zwar in Einzelfällen aufdrängen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass die allgemeinen Auslegungsregeln zum Ergebnis führen, der Wortlauf der Norm gebe ihren wahren Sinn nicht richtig wieder. Das Bundesgericht hat in einem neueren Entscheid zum Ausdruck gebracht, dass sich aufgrund der darin erörterten Auslegungselemente nicht aufdränge, Art. 257d OR entgegen seinem klaren Wortlauf auszulegen. Sodann bezweckte der Gesetzgeber mit dieser Bestimmung einen verbesserten Schutz des Mieters im Falle des Zahlungsverzuges. Von Bedeutung ist ferner, dass es ein wesentliches Anliegen des Gesetzgebers war, die alte Regelung, nach der die Rechtsfolge der Auflösung des Mietverhältnisses von selbst, d.h. ohne weitere Willenserklärung des Vermieters eintritt, in Anlehnung an Art. 107 OR differenzierter zu gestalten. Der Vermieter solle nach revidiertem Gesetz auch dann, wenn die Miete nicht fristgemäss bezahlt hatte, immer noch die Wahl haben, entweder den Vertrag trotzdem aufrecht zu erhalten oder ihn zu kündigen. Nach altem Mietrecht stand ihm dieses - dem Mieter tendenziell günstige - Wahlrecht nicht zu, denn er musste bereits bei der Fristansetzung mitteilen, dass der Vertrag bei Nichtbezahlung innert der Frist aufgelöst werde, wie in der Botschaft des Bundesrates besonders hervorgehoben wird. Das Wahlrecht kann der Vermieter aber erst dann bewusst und sinnvoll ausüben, wenn er sicher weiss, dass der Mieter den ausstehenden Mietzins nicht bezahlt hat. Schliesslich soll die Kündigungserklärung klare Verhältnisse schaffen; das stimmt mit einem in der Lehre anerkannten Grundsatz überein (BGE 119 II 150 ff.). Art. 257d OR gehört zu der Kategorie der Normen, bei denen der Gesetzgeber eine definitive Interessenabwägung vorgenommen hat. Sie räumen zwar der einen Partei ein Recht ein, legen aber auch zum Schutz der anderen die genauen Voraussetzungen und Grenzen der Ausübung dieses Rechts fest. Entsprechend ist die Norm absolut zwingend (SVIT-Kommentar Mietrecht, Zürich 1991, N 5 zu Art. 257d OR). Die Gesuchsgegner haben der Gesuchstellerin am 8. Juni 1994 zur Entrichtung des Mietzinses für Juni 1994 Frist bis 8. Juli 1994 -

dieser Fristablauf ergibt sich daraus, dass der Vertreter der Mieterschaft die Zuschrift gemäss Rückschein am 8. Juni 1994 in Empfang genommen hat - gesetzt, unter der Androhung, dass sie sich bei unbenütztem Ablauf der Frist vorbehalten, das Mietverhältnis zu kündigen. Nachdem die Mieterin bis zu diesem Termin den Mietzins nicht bezahlt hatte, haben die Vermieter am 15. Juli 1994 das Mietverhältnis auf 31. August 1994 aufgelöst. Damit sind die Voraussetzungen, die gemäss Art. 257d OR an die ausserordentliche Kündigung geknüpft werden, erfüllt. Daran vermag auch die Bezahlung des Mietzinses durch die Gesuchstellerin am 11. Juli 1994 nichts zu ändern. Weil das Gesetz, wie erwähnt, zwingender Natur ist, bleibt kein Raum für die Berücksichtigung dieser verspäteten Zahlung. Zudem hatte die Gesuchstellerin den Mietzins gemäss Verabredung der Parteien zum voraus auf den ersten des Verfallmonates zu entrichten. Diese Pflicht hat sie mehrere Male verletzt; es sind mithin eindeutig Vertragsverletzungen gegeben. Nach dem Ausgeführten entfaltet die erwähnte Kündigung, welche die Beendigung des Mietverhältnisses bewirkt, Rechtswirkungen.

4. Eine gültige Kündigung bewirkt die Beendigung des Mietverhältnisses. Der Mieter ist auf den Kündigungstermin hin zur Rückgabe des Mietobjektes verpflichtet (Art. 267 OR). Verweigert er die Rückgabe, so muss der Anspruch durchgesetzt werden, wobei sich bei unbeweglichen Mietsachen die Durchsetzung des Rückgabeanspruches durch Ausweisung des Mieters vollzieht (SVIT-Kommentar Mietrecht, Zürich 1991, N 41 zu Art. 257d OR). Daraus ergibt sich, dass die Mietausweisung nicht, wie dies die Gesuchsteller getan haben, auf den Kündigungstermin, sondern nur auf einen späteren Zeitpunkt hin anbegehrt werden kann. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass die Gesuchsgegnerin die Gültigkeit der Kündigung angefochten hat. Denn das Recht zur Anfechtung der Kündigung ist gesetzlich gewährleistet. Wer davon Gebrauch macht, darf nicht schlechter gestellt werden als jemand, der darauf verzichtet.

B. Straf- und Strafprozessrecht

Nr. 9 Art. 226 Abs. 1 StPO. Erscheinungspflicht des Berufungsklägers. Bleibt der Berufungskläger der mündlichen Verhandlung ohne Einverständnis des Gerichts fern, so gilt die Berufung als zurückgezogen.

Obergericht 10. Januar 1996, OG-St-14/95

Bestätigung durch Urteil des Bundesgerichts vom 17. April 1996

Aus dem Urteil des Bundesgerichts:

Sachverhalt:

A. Das Landgericht Uri verurteilte A. am 11. Juli 1995 wegen Verletzung von Verkehrsregeln (Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit) zu einer Busse von Fr. 700.--, bedingt löschar bei einer Probezeit von einem Jahr. A. reichte beim Obergericht des Kantons Uri Berufung ein und verlangte, er sei von Schuld und Strafe freizusprechen, eventuell sei die Busse auf Fr. 150.-- zu reduzieren. Ausserdem stellte er verschiedene Beweisanträge. Die Staatsanwaltschaft erhob keine Anschlussberufung.

Das Obergericht setzte die Berufungsverhandlung auf den 10. Januar 1996 an. Am 9. Januar 1996 stellte A. ein Gesuch um Dispensation von der Hauptverhandlung. Zur Begründung verwies er auf ein Schreiben von Professor B., seinem Vorgesetzten am Universitätsspital X., wo er inzwischen als Assistenzarzt arbeitete.

Mit Urteil vom 10. Januar 1996 schrieb das Obergericht die Berufung von A. als durch Rückzug erledigt am Geschäftsprotokoll ab.

B. Mit staatsrechtlicher Beschwerde vom 28. Februar 1996 stellt A. den Antrag, das Urteil des Obergerichts sei aufzuheben.

Erwägungen:

1. Der Beschwerdeführer rügt, das Obergericht habe Art. 4 BV und Art. 6 EMRK verletzt, als es die Berufung von seiner Geschäftskontrolle abschrieb. Singemäss rügt er, das Obergericht habe ihm das rechtliche Gehör verweigert und willkürlich darauf verzichtet, eine zweite Verhandlung anzusetzen.

a) Der Anspruch auf rechtliches Gehör wird zunächst durch die kantonale Verfahrensvorschriften umschrieben; unabhängig davon folgen aus Art. 4 BV bundesrechtliche Minimalgarantien (Vgl. BGE 116 Ia 94 E. 3a, mit Hinweisen). Soweit kantonale Bestimmungen massgebend sind, prüft das Bundesgericht deren Auslegung und Anwendung nur auf Willkür hin.

b) Die kantonale Strafprozessordnung vom 29. April 1980 enthält unter anderem die folgenden, hier massgebenden Bestimmungen:

Artikel 226 Erscheinen

¹ Bleibt der Berufungskläger der mündlichen Verhandlung ohne Einverständnis des Gerichts fern, so gilt die Berufung als zurückgezogen. Das Ausbleiben der Gegenpartei hindert die Durchführung der Verhandlung nicht.

² Erscheint derjenige, der Anschlussberufung erklärt hat, ohne Einverständnis des Gerichts nicht, so gilt die Anschlussberufung als zurückgezogen.

³ Der Staatsanwalt und der Zivilkläger können sich auf schriftliche Anträge und Begründungen beschränken.

⁴ Art. 177 ist sinngemäss anwendbar.

Artikel 177 Erscheinungspflicht a) des Angeklagten

¹ Der Angeklagte hat persönlich vor Gericht zu erscheinen, es sei denn, das Gericht entbinde ihn auf sein Ersuchen von dieser Pflicht.

² Bei Übertretungen ist ihm das Erscheinen freigestellt. Das Gericht kann ihn jedoch auch in diesen Fällen verpflichten, zu erscheinen.

³ Verhaftete werden durch die Polizei zugeführt.

⁴ Angeklagte auf freiem Fuss, die ohne Erlaubnis und unentschuldigbar nicht zur Hauptverhandlung erscheinen, sind zu einer zweiten Verhandlung polizeilich vorzuführen. Art. 27 Abs. 2 ist anzuwenden.

c) Das Obergericht erkannte, das Schreiben, welches der Vorgesetzte des Beschwerdeführers am 8. Januar 1996 verfasste, enthalte keinen genügenden Entschuldigungsgrund, weshalb der Beschwerdeführer nicht nachträglich dispensiert werden könne.

Der Beschwerdeführer rügt, das Obergericht habe willkürlich geprüft, ob über den Text des Schreibens hinaus nicht doch ein Dispensationsgrund bestanden habe. Diese Pflicht des Gerichts folge aus Art. 171 StPO, wonach der Präsident des Gerichts die zur Vorbereitung der Verhandlung nötigen Anordnungen treffe.

Beim erwähnten Schreiben des Vorgesetzten handelt es sich um eine Parteierklärung, die objektiv nach allgemeinen Grundsätzen unter Berücksichtigung von Treu und Glauben auszulegen ist (BGE 105 II 152 E. 2a, mit Hinweisen; vgl. Auch BGE 115 Ia 109 E. 2 b). Solche Erklärungen müssen demnach so ausgelegt werden, wie sind der Empfänger nach den gesamten Umständen in guten Treuen verstehen durfte und verstehen musste (BGE 116 Ia 58 E. b, mit Hinweisen; nicht veröffentlichtes Urteil des Bundesgerichts vom 20. Mai 1992 i.S. T., von E. 2a). Wer im Strafprozess ein Gesuch um Dispensation von der Hauptverhandlung stellt, muss demnach im Gesuch alle ihm selbst bekannten Gründe anführen, die für die Gutheissung des Gesuchs sprechen könnten. Die Instruktionsmaxime, welche im Strafprozess für die Abklärung des Sachverhaltes gilt, verpflichtet ohne besondere gesetzliche Anordnung das Gericht nicht, auch zu rein prozessualen Fragen von Amtes wegen weitere Beweismassnahmen zu treffen. Aus Art. 171 StPO lässt sich jedenfalls keine derartige Pflicht des Gerichtspräsidenten herleiten, denn die Frage, ob der Angeklagte von der Hauptverhandlung dispensiert werden kann, wird in der Bestimmung nicht erwähnt. Demnach war das Obergericht zu keinen weiteren Abklärungen verpflichtet, und die Rüge, das Dispensationsgesuch sei willkürlich abgewiesen worden, erweist sich als unbegründet.

d) Der Beschwerdeführer macht weiter geltend, nach Art. 177 StPO hätte er polizeilich vorgeführt werden müssen, oder das Obergericht hätte einen zweiten Verhandlungstermin unter Androhung der Folgen gemäss Art. 226 Abs.1 StPO ansetzen müssen.

Es trifft zwar zu, dass Art. 226 Abs. 4 StPO auf Art. 177 StPO verweist. Indessen gilt die Verweisung bloss "sinngemäss". Während sich Art. 226 StPO im 3. Abschnitt über die Berufung befindet, gehört Art. 177 StPO zum 2. Abschnitt über die Hauptverhandlung. Vor erster Instanz wird nur eine Hauptverhandlung durchgeführt, wenn der Staatsanwalt gegen den Beschuldigten Anklage erhebt (Art. 170 StPO), also nur auf eine Parteierklärung des Staatsanwaltes hin. Die Berufung ans Obergericht steht demgegenüber nicht nur dem Staatsanwalt, sondern auch dem erstinstanzlich verurteilten Angeklagten zu (Art. 205 Ziff. 1 StPO). Wie bei der Anklage handelt es sich bei der Berufung um eine Parteierklärung, die nach dem bereits dargelegten Vertrauensprinzip nur dahin ausgelegt werden kann, die Partei, welche die Berufung erklärt, wünsche die Durchführung eines Verfahrens vor dem Obergericht. Reicht somit der erstinstanzlich verurteilte Angeklagte eine Berufung ein, so darf von ihm nach Treu und Glauben auch erwartet werden, dass er zur Berufungsverhandlung erscheint. Die Ansetzung einer zweiten Berufungsverhandlung und allenfalls die polizeiliche Vorführung des Angeklagten im Sinne von Art. 177 Abs. 4 StPO rechtfertigt sich nur dann, wenn der erstinstanzlich verurteilte Angeklagte keine entsprechende Parteierklärung abgegeben hat. Deshalb ist nach dem unentschuldigtem Nichterscheinen des Angeklagten eine zweite Berufungsverhandlung nur dann anzusetzen, wenn nicht der Angeklagte, sondern der Staatsanwalt, der Geschädigte oder eine weitere der in Art. 205 StPO genannten Personen Berufung eingereicht haben. In andern Strafprozessordnungen sind entsprechende Regelungen ausdrücklich vorgesehen (vgl. zum Beispiel Art. 179 Abs. 1 und Art. 180 MStP).

Da im vorliegenden Fall ausschliesslich der erstinstanzlich verurteilte Beschwerdeführer Berufung erklärt hat und vom Erscheinen zur mündlichen Verhandlung nicht dispensiert worden ist, handelte das Obergericht nicht willkürlich, als es die Berufung von der Geschäftskontrolle abschrieb, ohne eine zweite Verhandlung anzusetzen.

2. Die staatsrechtliche Beschwerde ist somit abzuweisen.

Nr. 10 Art. 198 Abs. 3 StPO. Mit Eintritt der Rechtskraft des Abwesenheitsurteils beginnt die Vollstreckungsverjährung. Diese fällt mit der Aufhebung des Kontumazialurteils dahin. Die Verfolgungsverjährung, die in der Zwischenzeit geruht hat, beginnt wieder zu laufen. Obergericht, 17. April 1996, OG-St-1/96

Aus den Erwägungen:

4. Im Zusammenhang mit den vorgeworfenen Verletzungen der aARV ist vorab die Verfolgungsverjährungsfrage zu prüfen, scheinen doch diese Anklagepunkte auf den ersten Blick verjährt zu sein. Da es sich bei diesen Delikten um Uebertretungstatbestände (vgl. Art. 28 Abs. 1 und 2 aARV i.V.m. Art. 101 StGB) handelt und diese nach Art. 109 StGB in einem Jahr relativ bzw. in zwei Jahren absolut (vgl. Art. 72 Ziff. 2 Abs. 2 2. Satz StGB) verjähren, verjähren die am 10. März 1994 ausgeführten strafbaren Tätigkeiten spätestens am 10. März 1996. Allein, bei näherer Betrachtung ergibt sich, dass die Verfolgungsverjährung noch nicht eingetreten ist. Aus den Akten ist nämlich ersichtlich, dass gegen den Berufungskläger bereits am 16. Mai 1995 in dieser Sache ein Abwesenheitsurteil nach Art. 197 StPO gefällt wurde, da der Berufungskläger zur Hauptverhandlung vom 16. Mai 1995 vor Vorinstanz nicht erschien. Am 6. September 1995 stellte der Berufungskläger ein Gesuch nach Art. 198 Abs. 1 StPO um Wiederaufnahme des ordentlichen Verfahrens. Dieses wurde in der Folge wieder aufgenommen und am 17. Oktober 1995 fällte die Vorinstanz das neue Urteil. Nach Art. 198 Abs. 3 StPO bleibt das Abwesenheitsurteil rechtskräftig, bis das neue Urteil in Rechtskraft erwächst.

Ganz überwiegend wird in Rechtsprechung und Literatur die Meinung vertreten, dass mit Eintritt der Rechtskraft des Kontumazialurteils die Vollstreckungsverjährung beginnt. Mehrheitlich ist man ferner der Auffassung, dass mit der Aufhebung des Kontumazialurteils die Vollstreckungsverjährung dahinfällt, die Verfolgungsverjährung wieder zu laufen beginnt und diese in der Zwischenzeit geruht hat (Franz Ricklin, Zur Frage der Verjährung im Abwesenheitsverfahren, Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht, Band 113 1995, S. 161). Auch wenn der eben erwähnte Autor im weiteren Verlauf seines Aufsatzes Kritik an dieser herrschenden Ruhetheorie übt, hat das Obergericht keine Veranlassung, von der herrschenden Lehre und Rechtsprechung abzuweichen. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass der Verzicht auf die Verlängerung der Verfolgungsverjährung zu einer Rechtsungleichheit führen würde, würde doch dadurch der Angeklagte, der sich dem ordentlichen Verfahren stellt, krass benachteiligt und der Täter, der flieht, begünstigt. Steht damit zusammenfassend fest, dass mit Eintritt der Rechtskraft des Abwesenheitsurteils vom 16. Mai 1995 die Vollstreckungsverjährung begann, diese erst mit Aufhebung des Abwesenheitsurteils dahinfällt und in der Zwischenzeit die Verfolgungsverjährung geruht hat, sind die dem Berufungskläger vorgeworfenen Verletzungen der aARV Bestimmungen noch nicht verjährt.

**Nr. 11 Art. 100 Ziff. 2 Abs. 1 SVG. Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (SDR).
Strafrechtliche Verantwortung der Disponentin.
Obergericht, 8. November 1995, OG-St-8/95**

Aus den Erwägungen:

4. Zu prüfen ist weiter, ob die Berufungsklägerin Vorgesetzte oder Arbeitgeberin des Chauffeurs ist und ob sie die Verstösse des Führers veranlasst oder nicht nach ihren Möglichkeiten verhindert hat. Vorgesetzter im Sinne von Art. 100 Ziff. 2 Abs. 1 SVG ist ein Weisungsberechtigter. In einem grossen Betrieb können mehrere Personen weisungsberechtigte Vorgesetzte sein. Kein Vorgesetzter ist jedoch jener, der kaufmännische und allgemeine organisatorische Aufgaben zu erfüllen und sich nicht mit der technischen Verwendung und der Zuteilung der Fahrzeuge zu befassen hat (Hans Schultz, Die strafrechtliche Rechtsprechung zum Strassenverkehrsrecht, 1968 - 1972, S. 198 f.). Die Berufungsklägerin macht geltend, sie sei lediglich als Speditionskauffrau angestellt und beschäftigt gewesen. In dieser Funktion habe sie kaufmännische und allgemeine organisatorische Aufgaben zu erfüllen gehabt. Die technische Verwendung und die Zuteilung der Fahrzeuge habe nicht zu ihrem Pflichtenheft gehört. Die Funktionen einer Disponentin habe sie lediglich ausnahmsweise und nur auf Verlangen ihres Vorgesetzten wahrgenommen. Bezüglich der Zusammenstellung der Frachten und ihrer Verteilung auf die Fahrzeuge und Fahrer sei sie nur das ausführende und weisungsgebundene Organ ihres Vorgesetzten gewesen. Diese Ausführungen vermögen die Berufungsklägerin nicht zu entlasten und widersprechen im übrigen teilweise der Aktenlage.

Vorab ist darauf hinzuweisen, dass die Berufsbezeichnung "Speditionskauffrau" bereits deutlich darauf hinweist, dass die Berufungsklägerin eben doch für die Disposition in ihrer Firma verantwortlich war. Hätte sie, wie sie geltend macht, lediglich kaufmännische und allgemeine organisatorische Aufgaben zu erfüllen gehabt, wäre sie nicht als Speditionskauffrau, sondern eben "nur" als Kauffrau angestellt worden. Auch ist darauf hinzuweisen, dass die Berufungsklägerin in der gleichen Firma bereits ihre Ausbildung als Speditionskauffrau absolviert hat (vgl. Act. 29 zu 1.). Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die Berufungsklägerin in der Berufungserklärung selbst zugeht, im vorliegenden Fall die Funktionen einer Disponentin wahrgenommen zu haben. Dass sie dies lediglich ausnahmsweise und nur auf Verlangen ihres Vorgesetzten getan haben will, ist eine Behauptung und im übrigen für die Beurteilung des vorliegenden Falles irrelevant. Fest steht nämlich, dass sie den vorliegend zu beurteilenden Transport disponiert hat (vgl. Act. 29 zu 8.). Dass die Berufungsklägerin nicht nur ausführendes und weisungsgebundenes Organ ihres Vorgesetzten war, geht im übrigen deutlich aus der Zeugenbefragung von A. hervor, wonach die Transportpapiere in seiner Firma von der Berufungsklägerin erstellt würden. Er selbst habe sie allerdings nicht eingesehen (Act. 30 zu 3.). Weiter führte der Zeuge aus, in der Disposition stehe ein ADEKRA-Handbuch über Ländervorschriften zur Verfügung und auch den Fahrern zur Einsichtnahme (Act. 30 zu 2.). Aufgrund dieser klaren Aussagen muss davon ausgegangen werden, dass die Berufungsklägerin selbständig die Funktion einer Disponentin wahrgenommen hat. Unbehelflich ist auch der Einwand der Berufungsklägerin, für die Routenwahl sei sie nicht verantwortlich gewesen. Aufgrund ihrer eigenen Aussage steht nämlich fest, dass sie dem Chauffeur gesagt hat, dass er durch die Schweiz fahren soll (vgl. Act. 29 zu 4.). Die Berufungsklägerin wusste, dass durch den Gotthardtunnel kein bzw. nur in bestimmten Mengen Gefahrgut transportiert werden darf (Act. 29 zu 2.). Ihr war auch bekannt, dass es sich um ein Gefahrguttransport handelte (Act. 29 zu 3.). Indem die Berufungsklägerin den Chauffeur B. angewiesen hat, durch die Schweiz zu fahren, musste sie davon ausgehen, dass er die kürzeste Strecke, mithin die Gotthardroute, wählte. Um Wiederholungen zu vermeiden, kann in diesem Zusammenhang auf die zutreffenden Ausführungen der Vorinstanz in Ziff. 3 c des angefochtenen Urteils verwiesen werden. Es ist auch nicht nachvollziehbar, verantwortlich dafür zu sein, einem Chauffeur die Fahrt durch die Schweiz vorzuschreiben, und alles weitere diesem Chauffeur zu überlassen. Insbesondere gehört es zu den elementarsten Aufklärungspflichten eines Disponenten, den Chauffeur darüber aufzuklären, dass in der Schweiz bestimmte Mengen von Gefahrgut nicht durch den Seelisberg- oder Gotthardstrassentunnel transportiert werden dürfen. Dazu gehört selbstverständlich die Abklärung, ob eine konkrete Ladung durch die erwähnten Strecken transportiert werden dürfe. Dies umso mehr, als die Berufungsklägerin als erfahrene Disponentin die Gefahrgutvorschriften kannte (Act. 29 zu 2.), während der Chauffeur B. diesbezüglich unerfahren war (vgl. Act. 26 zu 6.).

5. Aufgrund der in Erwägung 4 geschilderten Umstände, steht für das Obergericht zweifelsfrei fest, dass die Berufungsklägerin als Disponentin gegenüber dem Chauffeur B. weisungsbefugt war. Sie ist ihren minimalsten Aufklärungspflichten gegenüber dem Chauffeur nicht nachgekommen und hat damit die Widerhandlungen des Chauffeurs schuldhaft nicht verhindert. Obwohl sie dem Chauffeur die Weisung erteilte, durch die Schweiz zu fahren, klärte sie ihn nicht darüber auf, dass er nicht durch den Seelisberg- und den Gotthardstrassentunnel fahren darf. Dass der in Gefahrguttransporten unerfahrene Chauffeur ohne diese Aufklärung die erwähnten verbotenen Strecken befahren würde, war für die Berufungsklägerin nicht nur voraussehbar, sondern stand für sie von vorneherein fest. Sie hat keinerlei Massnahmen zur Verhinderung der Widerhandlungen des Chauffeurs getroffen, obwohl ihr dies zumutbar gewesen wäre und klar in ihrem Verantwortungsbereich gelegen hätte. Zu Recht hat die Vorinstanz daher festgehalten, dass die Berufungsklägerin die ihr von Art. 100 Ziff. 2 Abs. 1 SVG aufgetragenen Pflichten grobfahrlässig missachtet hat, weshalb sie sich strafrechtlich für die vom Chauffeur B. begangenen Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz bzw. gegen die SDR-Vorschriften zu verantworten hat.

C. Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtspflege

Nr. 12 Art. 4 ANAG. Art. 57 Abs. 4 VRPV. Die Erteilung bzw. Verweigerung einer Aufenthaltsbewilligung liegt in der Regel im Ermessen der Behörden. Ausnahmen unter denen ein Rechtsanspruch besteht. Unzulässigkeit der Verwaltungsgerichtsbeschwerde wegen blosser Unangemessenheit.

Obergericht, 14. Dezember 1995, OG-V-37/95

Aus den Erwägungen:

2. Mit der Verwaltungsgerichtsbeschwerde können neben der unrichtigen oder ungenügenden Feststellung des rechtserheblichen Sachverhaltes grundsätzlich nur Rechtsverletzungen gerügt werden (Art. 57 Abs. 1 und Abs. 3 VRPV). Wegen blosser Unangemessenheit der Verfügung kann die Verwaltungsgerichtsbeschwerde nur erhoben werden, wenn das Obergericht als erste Rechtsmittelinstanz handelt oder sein Urteil mit unbeschränkter Überprüfungsbefugnis an eine Bundesinstanz weitergezogen werden kann (Art. 57 Abs. 4 VRPV).

a) Strittig ist vorliegendenfalls die Erteilung bzw. Verweigerung einer Aufenthaltsbewilligung. Der Entscheid über die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen steht regelmässig im Ermessen der Behörden (Art. 4 Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer, ANAG, SR 142.20). Die Ausländerin oder der Ausländer hat somit grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf deren Erteilung. Rechtsansprüche ergeben sich vor allem aus Art. 8 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, SR 0.101), der die Achtung des Familienlebens garantiert (BGE 109 Ib 183 ff., 110 Ib 205, "Reneja-Praxis"; vgl. auch BGE 120 Ib 22 ff., 257 ff.). Die ausländische Person müsste in der Schweiz nahe Familienmitglieder haben. Ihr Familienmitglied in der Schweiz müsste zudem ein gefestigtes Anwesenheitsrecht haben (Niederlassungsbewilligung genügt, nicht aber Aufenthaltsbewilligung; BGE 119 Ib 93 m.H.) und die familiäre Beziehung müsste tatsächlich gelebt sein. Ein Rechtsanspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung ergibt sich zudem aus Art. 17 Abs. 2 ANAG für die Ehefrau oder den Ehemann, die unter 18-jährigen ledigen Kinder von Niedergelassenen (vgl. 115 Ib 97 ff., 118 Ib 153 ff., 119 Ib 81 ff.) und für ausländische Ehegatten einer Schweizer Bürgerin oder eines Schweizer Bürgers, wenn kein Ausweisungsgrund vorliegt (Art. 7 ANAG; BGE 118 Ib 145 ff., 119 Ib 417 ff. betr. Scheinehe). Anerkannte Flüchtlinge haben einen Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung nach fünfjähriger ununterbrochener und ordnungsgemässer Anwesenheit, sofern kein Ausweisungsgrund vorliegt (Art. 28 Asylgesetz, SR 142.31). Der Beschwerdeführer beruft sich aber zur Hauptsache auf Art. 13 lit. b und f, aber auch auf Art. 36 Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO, SR 823.21). Diese angerufenen Bestimmungen begründen keinen Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung (BGE 119 Ib 96). Auch vermag das Obergericht keinen der oben aufgeführten Rechtsansprüche zu erkennen.

b) Vorliegendenfalls liegt der Entscheid betreffend die Aufenthaltsbewilligung somit im Ermessen der Behörde. Räumt ein Gesetz ein Ermessen ein, muss die Verwaltungsbehörde dieses pflichtgemäss ausüben und darf nicht einfach schematisch entscheiden, ohne die besonderen Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen. Andernfalls beginge sie bei der Ausübung des Ermessens eine Rechtsverletzung (Ermessensunterschreitung), die wiederum gerügt werden könnte. Rechtswidrig handelt eine Verwaltungsbehörde auch dann, wenn sie sich zwar formell an den Rahmen des eingeräumten Ermessens hält, aber Rechtsgrundsätze in der Ermessensausübung verletzt, beispielsweise wenn sie ihr Ermessen zu einem ganz anderen Zweck als zu dem vom Gesetz bestimmten ausübt (Ermessensmissbrauch; vgl. Art. 57 Abs. 2 lit. c VRPV). Weder macht der Beschwerdeführer eine derartige Rechtsverletzung geltend, noch ist eine solche erkennbar.

c) Steht fest, dass der Beschwerdeführer keine Rechtsverletzung rügt, bleibt zu prüfen, ob vorliegend wegen blosser Unangemessenheit der Verfügung die Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden kann.

Weder handelt das Obergericht als erste Rechtsmittelinstanz, noch ist sein Urteil mit unbeschränkter Überprüfungsbefugnis an eine Bundesinstanz weiterziehbar (Art. 18 Abs. 1 ANAG; Art. 57 Abs. 4 VRPV).

Auf die Beschwerde ist demnach nicht einzutreten.

Nr. 13 Art. 64 i.V.m. Art. 49 VRPV. Verwaltungsgerichtsbeschwerde. Inhalt der Beschwerdeschrift. Fristansetzung für Mängelbehebung. Im Prozess sich aus dem Grundsatz von Treu und Glauben ableitende Pflicht, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit behördliche Akten zugestellt werden können. Obergericht, 31. Mai 1996, OG-V-26/96

Aus den Erwägungen:

1. Der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde beizufügen oder, wenn das nicht möglich ist, genau zu bezeichnen (Art. 64 i.V.m. Art. 49 Abs. 1 Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege, VRPV, RB 2.2345). Genügt die Beschwerdeschrift dieser Anforderung nicht, setzt die Rechtsmittelbehörde dem Beschwerdeführer eine kurze Frist an, innert welcher er den Mangel beheben muss. Damit verbindet sie die Androhung, dass sonst auf die Beschwerde nicht eingetreten werde (Art. 64 i.V.m. Art. 49 Abs. 3 VRPV).

Vorliegender Beschwerdeschrift wurde weder der angefochtene Entscheid beigefügt noch wurde dieser genau bezeichnet. Aus diesem Grund setzte der Gerichtspräsident zu Recht dem Beschwerdeführer eine kurze Frist von 5 Tagen zur Behebung dieses Mangels an. Die Frist von 5 Tagen ist angemessen und die Aufforderung wurde mit der Androhung verbunden, dass sonst auf die Beschwerde nicht eingetreten werde. Die Verfügung wurde dem Beschwerdeführer postalisch eingeschrieben zugesandt. Die Abholfrist der PTT ist am 9. April 1996 unbenutzt abgelaufen. Eine Verfügung gilt jedenfalls als am letzten Tag der siebentägigen Abholfrist zugestellt (BGE 116 Ia 92; 115 Ia 15; Art. 169 Abs. 1 lit. d Verordnung [1] zum Postverkehrsgesetz, SR 783.01).

Der Beschwerdeführer musste angesichts des von ihm eingelegten Rechtsmittels mit einer Zustellung eines obergerichtlichen Gerichtsakts rechnen (ebenso BGE 115 Ia 15). Er hat daher die für die Verfahrensbeteiligten im Prozess sich aus dem Grundsatz von Treu und Glauben ableitende Pflicht, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit behördliche Akten zugestellt werden können (BGE 116 Ia 92). Dies hat er unterlassen. Allein die Tatsache, dass der Beschwerdeführer abgelegen wohnt, und dementsprechend ein Abholen des eingeschriebenen Briefs bei der Post mit einem bestimmten Zeitaufwand verbunden ist, genügt nicht.

Nr. 14 Art. 4, 28 IVG, Art. 69 IVV. Invalidenrente. Die Gesetzmässigkeit der angefochtenen Verfügung beurteilt sich in der Regel nach dem Sachverhalt der zur Zeit des Erlasses des angefochtenen Verwaltungsaktes gegeben war. Bedeutung der Untersuchungsmaxime. Obergericht, 19. April 1996, OG-AR-19/95

Aus den Erwägungen:

3. Das Obergericht beurteilt in der nachträglichen Verwaltungsgerichtspflege die Gesetzmässigkeit der angefochtenen Verfügung in der Regel nach dem Sachverhalt, der zur Zeit des Erlasses des angefochtenen Verwaltungsaktes gegeben war (vgl. Thomas Locher, a.a.O., § 59 N 17 m.H.). Tatsachen, die den Sachverhalt nach dem Verfügungszeitpunkt verändert haben, bilden im Normalfall Gegenstand einer neuen Verwaltungsverfügung (BGE 117 V 293 E. 4). Es ist demnach auf die massgeblichen tatsächlichen Verhältnisse zur Zeit der Verfügung der IV-Stelle Uri vom 13. April 1995 abzustellen.

4. Vorliegendenfalls ist die Bemessung des Invaliditätsgrades strittig. Die Beschwerdeführerin macht insbesondere geltend, ihre psychische Verfassung sei bei der Bemessung des Invaliditätsgrades unberücksichtigt geblieben. Die IV-Stelle Uri führt aus, sie hätte zum Zeitpunkt des Erlasses der Verfügung keine Veranlassung gehabt, die psychische Komponente abzuklären, da weder aus dem Gesuch noch aus den medizinischen Unterlagen Hinweise auf eine zusätzliche psychische Erkrankung gegeben waren. Vielmehr wäre es die Pflicht der Versicherten gewesen, eine allfällige Verschlimmerung des Gesundheitszustandes der IV-Stelle Uri zu melden (Duplik vom 12.9.1995, S. 3).

a) Art. 85 Abs. 2 lit. c AHVG umschreibt die sogenannte Untersuchungsmaxime. Diese besagt, dass die verfügende bzw. urteilende Instanz den rechtserheblichen Sachverhalt von Amtes wegen, aus eigener Initiative und ohne Bindung an die Vorbringen oder Beweisanträge der Partei, abklären und feststellen muss (BGE 117 V 263 f. E. 3b). Es entspricht dem Untersuchungsprinzip, dass das Gericht auch nachträgliche Vorbringen zu berücksichtigen hat, soweit sie für die Urteilsfindung von Bedeutung sind (ZAK 1980 439 E. 2). Somit hat das Obergericht selbst wenn die IV-Stelle Uri keine hinreichenden Hinweise für eine mögliche psychische Erkrankung gehabt hätte, neu von der Beschwerdeführerin ins Recht gelegte Beweismittel zu berücksichtigen.

b) Für eine korrekte Invaliditätsbemessung ist unabdingbar, dass die dafür notwendigen Abklärungen vorgenommen werden. Dies hat mit aller gebotenen Sorgfalt zu geschehen und kann nicht mit Berufung auf Praktikabilität und Verhältnismässigkeit des Verwaltungsaufwandes umgangen werden (RKUV 1996 Nr. U 237 S. 36 E. 3b).

A. vom Abklärungsdienst der IV-Stelle Uri stellte anlässlich der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit im Haushalt fest, dass die Beschwerdeführerin auch moralisch am Boden sei (Beweis Nr. 5 IV). Dr. B., Chefarzt Orthopädie, stellt in einem Bericht an die SUVA am 2. November 1994 eine gewisse sozialpsychische Destabilisierung fest (SUVA-Act. 42). Vor allem der Bericht von Dr. C., an den SUVA-Kreisarzt Dr. D. vom 14. Februar 1995 (SUVA-Act. 49) spricht ausdrücklich von einer schweren reaktiven Depression mit deutlichem Gedankenkreisen und sogar konkreten Suizidgedanken. Diese Akten standen der IV-Stelle Uri zur Verfügung. Eine psychische Erkrankung lässt sich gestützt auf diese Akten nicht mit dem im Sozialversicherungsrecht erforderlichen Beweisgrad der überwiegenden Wahrscheinlichkeit ausschliessen. Eine psychiatrische Begutachtung der Beschwerdeführerin hätte sich für die IV-Stelle Uri daher aufdrängen müssen.

Aus Gesagtem ergibt sich, dass die Vorinstanz der Untersuchungsmaxime nur unzureichend nachgekommen ist. Zudem ist die IV-Stelle Uri Fachbehörde betreffend IVG und somit im besonderen Masse geeignet, zusätzliche Abklärungen zu treffen. Die Sache wird daher an die Vorinstanz zurückgewiesen. Diese hat eine psychiatrische Begutachtung der Versicherten zu veranlassen. Es steht ihr hiebei frei, eine polydisziplinäre Begutachtung der Beschwerdeführerin vornehmen zu lassen. Gestützt darauf wird die Vorinstanz - unter Berücksichtigung des bei der Beurteilung psychogener Beschwerden anzulegenden objektiven Massstabs (BGE 102 V 165; ZAK 1992 170 E. 2a m.H.) - darüber zu befinden haben, ob und in welchem Umfange die Beschwerdeführerin infolge ihres geistigen Gesundheitsschadens auf dem ihr nach ihren Fähigkeiten offenstehenden ausgeglichenen Arbeitsmarkt zumutbarerweise noch erwerbstätig sein kann.

Nr. 15 Art. 66 Bst. c VRPV. Art. 4 Abs. 1 KV, Art. 18 Abs. 1 DBV. Verwaltungsrechtliche Klage, Staatshaftung. Kausalhaftung des Kantons für den Schaden, den seine Organe bzw. Mitarbeiter in der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Dritten widerrechtlich verursacht haben. Tatbestandsvoraussetzungen.

Obergericht, 12. Juli 1995, OG-Z-36/94

Aus den Erwägungen:

1. Am 1. Juni 1995 sind das neue Organisationsgesetz für die ernerischen Gerichtsbehörden (GOG, RB 2.3221) und die Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (VRPV, RB 2.2345) in Kraft getreten. Für die Beurteilung vorliegender Klage ist die neu geschaffene verwaltungsrechtliche Abteilung des Obergerichts zuständig (Art. 61 Abs. 1, Art. 37 Abs. 1 GOG i.V.m. Art. 66 lit. c VRPV).

2. Gemäss Art. 4 Abs. 1 Kantonsverfassung (KV, RB 1.1101) und Art. 18 Abs. 1 Dienst- und Besoldungsverordnung für die Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung (DBV, RB 2.4211) haftet der Kanton für den Schaden, den seine Organe bzw. Mitarbeiter in der Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Dritten widerrechtlich verursacht haben. Es handelt sich hierbei um eine Kausalhaftung. In der Folge sind die einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen zu prüfen.

3. Die Haftung des Kantons setzt primär einmal die Handlung einer Person voraus, die unmittelbar mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Kantons betraut ist. Dies ist bei Polizeibeamten ohne weiteres gegeben.

4. Der Kanton ist nur für Schaden haftbar, den ein Funktionär in Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit einem Dritten zugeführt hat. Damit ist die Verantwortlichkeit des Kantons ausgeschlossen, sofern der Funktionär als Privatperson oder lediglich bei Gelegenheit der Ausübung amtlicher Tätigkeit Dritte schädigt (Jaag/Müller/Saladin/ Zimmerli, Ausgewählte Gebiete des Bundesverwaltungsrechts, Basel 1995, S.19).

Polizisten, die bei einer Hausdurchsuchung Schaden verursachen, führen diesen offenkundig in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit dem Dritten zu.

5. Der Kanton ist nur bei widerrechtlicher Schädigung haftbar.

Widerrechtlichkeit setzt die Verletzung eines von der Rechtsordnung geschaffenen (...) Rechtsgutes voraus, sei es, dass ein absolut geschütztes Recht des Geschädigten verletzt (Erfolgsunrecht), sei es, dass eine reine Vermögensschädigung durch Verstoss gegen eine einschlägige Schutznorm bewirkt wird (Verhaltensunrecht) (Jaag, Müller, Saladin, Zimmerli, a.a.O.; BGE 118 Ib 476).

Aus den Ausführungen des Klägers geht nicht klar hervor, ob er die Rechtmässigkeit der Hausdurchsuchung an sich bestreitet. Da der Kläger nicht darlegt, inwiefern die Voraussetzungen für die Hausdurchsuchung (Art. 129 StPO) nicht gegeben sein sollten, ist davon auszugehen, dass die Hausdurchsuchung rechtmässig erfolgte.

6. Als widerrechtlich hat die Rechtsprechung auch die Verletzung von allgemeinen Rechtsgrundsätzen bezeichnet (BGE 116 Ib 195 E. 2a m.H., 107 Ib 164, 89 I 494). Der Kläger macht geltend, im Rahmen der (rechtmässigen) Hausdurchsuchung sei der Rechtsgrundsatz der Verhältnismässigkeit verletzt worden.

Die Verhältnismässigkeit verlangt, dass zwischen dem angestrebten Zweck und der eingesetzten Mittel ein angemessenes Verhältnis bestehen müsse. Auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismässigkeit ist eine sachgemässe Abwägung der auf dem Spiel stehenden Interessen erforderlich (Fleiner, Grundzüge des allgemeinen und schweizerischen Verwaltungsrechts, 2. A., Zürich 1980, S. 129 f.). Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung fordert der Grundsatz der Verhältnismässigkeit, dass die Verwaltungsmassnahme ein geeignetes und notwendiges (erforderliches) Mittel darstellt, um das zu verwirklichende Ziel zu erreichen, und dass sie in einem vernünftigen Verhältnis zu den Freiheitsbeschränkungen steht, die dem Bürger auferlegt werden (vgl. BGE 117 Ia 472, 483).

Fest steht, dass die Treppe zum Haupteingang durch zwei Latten abgesperrt war, die Polizeibeamten A. und B. erkannten, dass diese Treppe frisch gestrichen war und - um in das zu durchsuchende Gebäude zu gelangen - die Treppe betraten (Befragungen vom 18. Januar 1995 der Zeugen A., B., C. und D.). Es bleibt demnach abzuklären, ob das Betreten der frisch gestrichenen Treppe vorliegendenfalls erforderlich war, um das gesetzte Ziel - das Haus innert nützlicher Frist zu durchsuchen - zu erreichen. Oder, anders gesagt, ein vorsichtigeres Vorgehen nicht im gleichen Masse geeignet war, das gesetzte Ziel zu erreichen (Prinzip des Übermassverbots in deutscher Diktion: "Nicht mit Kanonen auf Spatzen schiessen").

Hausdurchsuchungen haben regelmässig in Anwesenheit des Inhabers der Räumlichkeiten zu erfolgen und wenn dieser nicht erreichbar ist, ist eine Vertrauensperson zuzuziehen (Art. 130 Abs. 3 StPO). Diese Norm hat auch zum Zweck, dass der rechtmässige Ablauf der Durchsuchung überprüft werden kann; mithin unnötige Sachbeschädigungen verhindert werden sollen und können. Damit konkretisiert sie u.a. das Verhältnismässigkeitsprinzip.

Wenn das zu durchsuchende Objekt nun nicht ohne weiteres zugänglich ist, ist der Inhaber der Räumlichkeiten nach Möglichkeit zu kontaktieren, ehe zwecks Verschaffung des Zugangs Sachen beschädigt werden müssen (z.B. durch das Aufbrechen einer Türe). Dabei ist auch der zeitliche Faktor zu beachten: Besteht relativ grosse Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr und ist der Beizug des Inhabers der Räumlichkeiten nicht ohne weiteres möglich, kann gewaltsam in die zu durchsuchenden Räumlichkeiten eingedrungen werden.

Das zu durchsuchende Gebäude war das Geschäftshaus des Klägers. Somit mussten seine Angestellten über Zutrittsmöglichkeiten verfügen. Vor und während der Hausdurchsuchung waren mindestens drei Angestellte des Klägers im Areal des zu durchsuchenden Hauses, wovon sich der Geschäftsführer im Haus und ein Angestellter auf der Verladerampe beim Haus befanden (Befragungen vom 18. Januar 1995 der Zeugen C., D. und E.). Mindestens einer der Beamten, die die Treppe betraten, observierte nach eigenen Angaben das Haus seit ca. 06.00 h (Zeuge A.). Die Hausdurchsuchung wurde nach 07.00 h durchgeführt. Während rund einer Stunde konnte der observierende Polizeibeamte allfällige Vorgänge im und um das Haus feststellen. Ankommende

Arbeiter konnte er sehen. Um ca. 07.00 h begannen einige Angestellte des Klägers mit der Arbeit. Es musste somit, oder hätte zumindest bekannt sein müssen, dass sich Arbeiter kurz vor der Hausdurchsuchung im Haus befanden. Bekannt war auch, dass es mindestens einen Nebeneingang gab (Befragung vom 18. Januar 1995 des Zeugen A.). Es bestand somit mit Sicherheit noch eine andere Zutrittsmöglichkeit.

Der observierende Polizist hätte speziell den Zeugen D. auf der Rampe sehen müssen. Dieser hatte kurz vor dem Beginn der Hausdurchsuchung seine Arbeit auf der Rampe aufgenommen; kommt hinzu, dass die beiden Polizeibeamten auf dem Weg zur Treppe bei dieser Rampe vorbeigingen. Es wäre ein Einfaches gewesen, den Zeugen D. als Angestellter vom Kläger aufzufordern, ihnen Zutritt zum Haus zu verschaffen. Umso mehr, als unschwer zu erkennen war, dass die Treppe zum Haupteingang frisch gestrichen war und der Zutritt vom Hauseigentümer noch nicht freigegeben wurde.

Selbst wenn die Polizeibeamten den Zeugen D. nicht bemerkten, hätten sie prüfen müssen, ob sie nicht über die nahegelegene Rampe in das zu durchsuchende Haus gelangen könnten. Zudem bestand ein den Polizisten bekannter Nebeneingang. Der Nebeneingang war verschlossen; wie übrigens auch der Haupteingang. Im Haus befanden sich - was zumindest der Polizeibeamte A. wissen musste - Angestellte des Klägers. Durch das Benutzen eines (Hand-)Telefons, das Klopfen an die Türe, dem Betätigen einer allfällig vorhandenen Klingel, aber auch verbal, hätte man ohne weiteres auf sich aufmerksam machen können. Wäre sodann die Türe verschlossen geblieben, hätte man über die abgesperrte Haupttreppe gehen und/oder sich nötigenfalls gewaltsam Zugang verschaffen können. Ein Vorgehen im erwähnten Sinne hätte zeitlich keinen oder einen nur sehr geringen Nachteil gegenüber dem tatsächlichen Vorgehen gehabt, so dass keine zusätzliche Verdunkelungsgefahr bestanden hätte.

Unerheblich ist daher, dass der Polizeibeamte A., selbst gelernter Maler, mit der Hand über den Anstrich gefahren ist und diesen für trocken befunden hat, ehe die Treppe betreten wurde. Ebenso ist unbehelflich, dass der Polizeibeamte B., welcher nach eigenen Aussagen erst kurz vor dem Beginn der Hausdurchsuchung dazugestossen ist und zusammen mit dem Polizeibeamten A. die Treppe überquerte, einen Chauffeur nach dem Eingang gefragt hatte und dieser ihm antwortete, man könne schon über die Treppe gehen.

Gesagtes erhellt, dass aufgrund der hier vorliegenden gesamten Umstände die Polizeibeamten für die Erreichung des gesetzten Ziels nicht verhältnismässig vorgegangen sind, mithin widerrechtlich gehandelt haben.

7. Die Staatshaftung setzt zuletzt den Eintritt eines Schadens voraus.

Obwohl keiner der am 18. Januar 1995 befragten Zeugen direkt gesehen hat, dass die Polizeibeamten durch das Betreten der besagten Treppe darauf Fussabdrücke hinterlassen haben, steht jedoch fest, dass selbst die Polizeibeamten vor dem Betreten der Treppe keine Fussabdrücke darauf sahen und umgekehrt die beiden Zeugen des Klägers C. und E. bezeugten, dass sie nach der Hausdurchsuchung Fussstritte auf der frisch gestrichenen Treppe feststellten. Im Gutachten vom 28. April 1995 wird denn auch ausgeführt, dass bei unvorsichtigem Begehen der Treppe am Morgen des 21. April 1994 Fussabdrücke entstehen konnten (Gutachten, Seite 3 oben).

Es ist daher davon auszugehen, dass die Polizeibeamten beim Betreten der besagten Treppe diese beschädigten.

8. Steht fest, dass ein Schaden entstanden ist, gilt es diesen zu bemessen. Die ziffernmässige Höhe des Schadens ist vom Geschädigten zu beweisen (sog. Substanziierungspflicht: Guldener M., Schweizerisches Zivilprozessrecht, 3.A. Zürich 1979, S. 187 f., 327 Ziff. V. 5; Walder-Bohner H.U., Zivilprozessrecht, 3.A. Zürich 1983, § 17 N 14).

Der Schaden ergibt sich aus der Differenz des Vermögens vor und nach Eintritt des schädigenden Ereignisses (Differenztheorie; Rey H., Ausservertragliches Haftpflichtrecht, Zürich 1995, N 152 f., m.w.H.). Bei einer Sachbeschädigung sind regelmässig die Reparaturkosten und ein allfällig entstandener Minderwert zu ersetzen (BGE 84 II 163, 64 II 138 f., 56 II 127).

Dadurch wird die Differenz des Vermögensstandes nach dem schädigenden Ereignis und dem hypothetischen Vermögensstand, wie er bestünde, wenn das schädigende Ereignis nicht eingetreten wäre, ausgeglichen.

Der Kläger hat den Schaden nicht durch eine Fachkraft beheben lassen, sondern durch einen Angestellten behoben und beziffert die Reparaturkosten auf Fr. 2'260.--. Der Kläger macht geltend, wegen zeitlicher Dringlichkeit sei es ihm nicht möglich gewesen, einen Fachmann mit dem Auftrag fristgerecht zu beauftragen, da der Schaden bis zum unmittelbar bevorstehenden

"Tag der offenen Tür" behoben sein musste; die geltend gemachte Forderung sei daher in der Höhe berechtigt. Ob es tatsächlich nicht möglich war, den Schaden durch einen Fachmann innert Frist zu beheben, wird vom Kläger jedoch nicht nachgewiesen. Zudem erachtet das Obergericht die Vorgehensweise des Klägers als unverhältnismässig. Es wäre ihm einerseits durchaus zumutbar gewesen, zumindest den Beklagten umgehend über die Schädigung zu informieren und Abhilfe zu verlangen und andererseits war die Treppe trotz des Schadens für die Besucher des "Tages der offenen Türe" uneingeschränkt benutzbar. Es ist schwer vorstellbar, dass sichtbare Fussabdrücke auf der Eingangstreppe die Gäste zur Abkehr veranlasst oder aber die Besucher deswegen weniger bzw. nichts gekauft hätten. Daran ändert auch nichts, dass die Treppe gerade wegen dem Tag der offenen Türe frisch gestrichen wurde.

Wie bereits erwähnt, hat der Kläger den Schaden durch eigene Angestellte beheben lassen und nicht etwa durch Fachleute. Reparaturkosten in dem Sinne, dass er einen Dritten und Fachmann für die Arbeit bezahlen musste, sind keine entstanden. Wenn der Kläger nun den Schaden selber behebt, kann er selbstredend nicht mehr geltend machen, als er für eine fachmännische Reparatur einem Dritten bezahlen müsste. Denn nur letztere Reparaturkosten stellen die massgebliche Grösse für die Vermögensdifferenz nach der in der Schweiz vorherrschenden Differenztheorie bzw. die Schadenshöhe dar.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die vom Kläger eingereichte Aufstellung in der Rechnung Nr. 3070 vom 18. Juli 1994 (KB, Act. 3) und die Zeugenaussagen der Angestellten C. und E. nicht tauglich sind, die geltend gemachte Schadenshöhe rechtsgenügend zu beweisen.

9. Da der Schaden durch den Geschädigten selber behoben wurde, kann die genaue Schadenshöhe heute nicht mehr ziffernmässig ermittelt werden. Das Obergericht kann daher die Schadenshöhe nach Ermessen mit Rücksicht auf den gewöhnlichen Lauf der Dinge und auf die vom Geschädigten getroffenen Massnahmen abschätzen (analog Art. 42 Abs. 2 OR).

Wie bereits ausgeführt, erachtet das Obergericht die vom Kläger getroffenen Massnahmen als unverhältnismässig und die von ihm eingelegte Rechnung (KB, Act. 3) als untauglich, das Ausmass des Schadens zu bestimmen. Ferner wäre der Kläger angehalten gewesen, dem Beklagten den Schaden anzuzeigen und ihm die Möglichkeit zu geben, den Schaden beheben zu lassen. Zudem wurde der Schaden nicht durch einen unabhängigen Fachmann behoben. Kommt hinzu, dass ein Fachmann den Schaden anders behoben hätte (Gutachten, S. 3) und der Experte die maximalen Kosten für eine zweckmässige Wiederherstellung der Treppe durch einen ortsansässigen Maler nach objektiven Kriterien auf ca. Fr. 500.-- schätzt (Gutachten, S. 5 oben).

Zwar bestreitet der Kläger die dem Gutachten zugrundeliegenden Bemessungsgrundlagen, ohne jedoch darzulegen, inwiefern die darin gemachten Feststellungen und Bemessungsgrundlagen unzutreffend seien. Er führt lediglich aus, dass der Experte einen Augenschein hätte vornehmen müssen, und - falls dieser einen Augenschein durchgeführt hätte - die Parteien hätten beige-laden werden müssen. Es versteht sich von selbst, dass der Experte die Treppe persönlich besichtigen musste, was er auch tat (s. Photos zum Gutachten). Die hier noch anwendbare alte Zivilprozessordnung (s. Art. 288 Abs. 2 nZPO) kennt keinen Anspruch der Parteien auf förmliche Beweiserhebung bei der Expertise. Das gewährte Recht auf Stellungnahme zum Gutachten genügt. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass selbst unter neuem Recht (s. Art. 170 f. nZPO) kein solcher Anspruch besteht (vgl. Studer/Rüegg/Eiholzer, Der Luzerner Zivilprozess, Kriens 1994, zu § 182 f. ZPO/LU, die sich mit Art. 170 f. nZPO/UR deckt). Zudem haben weder die Parteien einen Augenschein verlangt, noch wurde ein solcher durch das Gericht verfügt. Die Bemessungsgrundlagen des Gutachtens sind daher für die ermessensweise Festsetzung der Schadenshöhe heranziehbar.

In Nachachtung all dieser Punkte, setzt das Obergericht den Schaden ermessenweise auf Fr. 500.-- (inklusive aufgelaufene Zinsen) fest.

D. Aufsicht über die richterlichen Behörden und Rechtsanwälte

Nr. 16 Art. 55 Abs. 1, Art. 58 Abs. 1 und 2 GOG. Die Fachaufsicht des Obergerichtes über die richterlichen Behörden erstreckt sich nicht auf die Entscheidungen unterer Gerichtsinstanzen. Diese können einzig mit dem zu Gebote stehenden ordentlichen oder ausserordentlichen Rechtsmittel angefochten werden. Das Obergericht hat einzuschreiten, wenn der Richter oder die richterliche Behörde gegen Amtspflichten ausserhalb des Rechtsprechungsvorgangs verstossen. Die Aufsichtsbeschwerde ist ein Rechtsbehelf. Obergericht, 6. Mai 1996, OG-AK-1a/96

Aus den Erwägungen:

1. Das Obergericht übt die Fachaufsicht über die richterlichen Behörden und die Gerichtsschreiber aus (Art. 55 Abs. 1 Gesetz über die Organisation der richterlichen Behörden, Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, RB 2.3221). Die Aufsicht des Obergerichtes über die richterlichen Behörden erstreckt sich daher nicht auf die Entscheidungen unterer Gerichtsinstanzen (Art. 58 Abs. 1 in fine GOG; Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Landrat vom 7. Januar 1992 zur Aenderung der Gerichtsorganisation, S. 20). Diese können einzig mit dem zu Gebote stehenden ordentlichen oder ausserordentlichen Rechtsmittel angefochten werden. Ebenfalls nicht erfasst von der Aufsicht durch das Obergericht ist die sogenannte Dienstaufsicht über die Beamten und die nebenamtlichen Funktionäre. Diese nimmt der Regierungsrat wahr (Art. 55 Abs. 2 GOG).

Das Obergericht hat einzuschreiten, wenn der Richter oder die richterliche Behörde gegen Amtspflichten ausserhalb des Rechtsprechungsvorgangs verstossen, z.B. wenn richterliche Behörden die Geschäfte ungebührlich verzögern, Rechtsverweigerungen begehen, sich gegen eine Partei oder gegen deren Anwalt ungebührlich benehmen, die Geschäftskontrolle nicht ordentlich führen oder sich anderer Nachlässigkeit schuldig machen, die die Rechtsprechung beeinträchtigen können (siehe dazu Walther J. Habscheid, Schweiz. Zivilprozess- und Gerichtsorganisationsrecht, 2. Auflage, Basel 1990, N 87).

Aus dieser Aufsichtsfunktion ergibt sich, dass jedermann Tatsachen, die im öffentlichen Interesse ein Einschreiten gegen eine richterliche Behörde oder die Gerichtsschreiber von Amtes wegen erfordern, der Aufsichtsbehörde anzeigen kann (vgl. Art. 71 Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren, VwVG, SR 172.021). Die sogenannte Aufsichtsbeschwerde ist ein Rechtsbehelf. Ihr entspringen weder Parteirechte noch ein entscheidmässiger Erledigungsanspruch. Sie löst - entgegen der irreführenden Bezeichnung - kein eigentliches Beschwerdeverfahren aus. Der Beschwerdeführer ist bloss Anzeigesteller und kann keine Parteirechte (z.B. bezüglich Akteneinsichtsrecht, rechtliches Gehör oder Beweisanträge) ausüben (Art. 58 Abs. 2 GOG). Diesem Umstand ist künftighin bei der formellen Gestaltung des Verfahrens vermehrt Rechnung zu tragen. Gegenüber anderen Anfechtungsmöglichkeiten ist die Aufsichtsbeschwerde absolut subsidiär; sofern eine andere Anfechtungsmöglichkeit gegeben ist, ist die Aufsichtsbeschwerde unzulässig (Art. 58 Abs. 1 GOG).

2. Die Beschwerdeführerin beantragt, das Präsidium des Landgerichts Uri sei zu veranlassen, das Gesuch betreffend der dringlichen Anordnung vom 5. Januar 1996 umgehend zu entscheiden. Das Präsidium des Landgerichts Uri hat am 29. März 1996 über dieses Gesuch entschieden. Die Beschwerdeführerin wurde von diesem Entscheid nach Erhebung der vorliegenden Aufsichtsbeschwerde in Kenntnis gesetzt (Zustellungsdatum des Entscheides: 3. April 1996).

Tritt im Verlauf eines Verfahrens eine Sachlage ein, angesichts derer ein Rechtsschutzinteresse an der Entscheidung dahinfällt, wird dieses gegenstandslos (Regina Kiener, Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, Bern 1994, S. 123; René Rhinow, Öffentliches Prozessrecht, Basel 1994, N 1102).

Das Verfahren ist infolge Gegenstandslosigkeit am Geschäftsprotokoll des Obergerichtes des Kantons Uri abzuschreiben.

Nr. 17 Art. 83 VRPV, Art. 58 GOG. Das kantonale Recht kennt die Rechtsverweigerungs-/verzögerungsbeschwerde nur im Verwaltungsverfahren als formelles Rechtsmittel. Bei

**zivil- und strafrechtlichen Verfahren kann eine Rechtsverweigerungs-/verzögerungsbeschwerde vom Obergericht lediglich als Aufsichtsbeschwerde angenommen werden.
Obergericht, 24. Juli 1996, OG-AK-2/96**

Aus den Erwägungen:

1. Das kantonale Recht kennt die Rechtsverweigerungs-/verzögerungsbeschwerde lediglich im Verwaltungsverfahren als formelles Rechtsmittel (Art. 83 Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege, VRPV; RB 2.2345; vgl. Attilio R. Gadola, Das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren, Zürich 1991, S. 119). Bei zivil- und strafrechtlichen Verfahren kann eine Rechtsverweigerungs-/verzögerungsbeschwerde vom Obergericht lediglich als Aufsichtsbeschwerde angenommen werden.

E. Schuldbetriebs- und Konkursrecht

Nr. 18 Art. 151 SchKG. Betreuung auf Grundpfandverwertung. Der Betreibungsbeamte hat grundsätzlich nicht darüber zu befinden, ob die gesetzlichen Voraussetzungen (Bestehen eines Pfandrechts) gegeben sind, sondern das Begehren ohne weiteres zu vollziehen, es müsste denn aus den eigenen Angaben des Betreibenden hervorgehen, dass kein Pfandrecht gegeben sein kann.

Obergericht, 9. Oktober 1995, OG-SchKG-6/95

Aus den Erwägungen:

3. Der Betreibungsbeamte hat gestützt auf das Betreibungsbegehren vom Kanton Uri den angefochtenen Zahlungsbefehl ausgestellt. Der Betreibungsbeamte hat grundsätzlich nicht darüber zu befinden, ob die gesetzlichen Voraussetzungen (Bestehen eines Pfandrechts) gegeben sind, sondern das Begehren ohne weiteres zu vollziehen, es müsste denn aus den eigenen Angaben des Betreibenden hervorgehen, dass kein Pfandrecht gegeben sein kann (Fritzsche/Walder, a.a.O., § 34 Rz 16; BGE 49 III 180; 105 III 120). Die Angaben des Betreibenden im Betreibungsbegehren geben keine Anhaltspunkte für eine Annahme, dass auf dem Grundpfandobjekt HB 2624, X., kein Pfandrecht liegen kann. Soweit der Beschwerdeführer ausführt, dass das gesetzliche Pfandrecht i.S. von Art. 17 Gesetz über die Grundstückgewinnsteuer (GGStG, RB 3.2231) an einem Grundstück der SBB zum vornherein gesetzlich undenkbar sei, verkennt er, dass nicht alle Grundstücke der SBB zwingend dem Verwaltungsvermögen des Bundes zuzuordnen sind. Grundstücke können durchaus auch dem Finanzvermögen zugeordnet werden. Derartige Grundstücke können der Zwangsvollstreckung unterliegen; mithin sind Pfandrechte an derartigen Grundstücken zulässig.

Die weiteren Ausführungen des Beschwerdeführers betreffend die konkrete Zuordnung von HB 2624, X., sind im Beschwerdeverfahren irrelevant, da - wie bereits ausgeführt - der Betreibungsbeamte grundsätzlich nicht darüber zu befinden hat, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Grundpfandverwertung gegeben sind, sondern das Begehren ohne weiteres zu vollziehen hat, es müsste denn aus den eigenen Angaben des Betreibenden hervorgehen, dass kein Pfandrecht gegeben sein kann. Dies allein ist entscheidend.

Der Betreibungsbeamte durfte somit die Ausstellung des Zahlungsbefehls aufgrund der Angaben des Gläubigers nicht verweigern; vielmehr war er zu dessen Ausstellung verpflichtet. Denn gestützt auf die Angaben des Gläubigers im Betreibungsbegehren erscheint ein Pfandrecht an HB 2624, X., zumindest als möglich. Dies bestätigen zudem die im Beschwerdeverfahren von der Beschwerdeführerin und dem Gläubiger dargelegten grundlegenden unterschiedlichen Auffassungen hierzu.

Will ein Dritteigentümer den Bestand des Pfandrechts bestreiten, so hat er Rechtsvorschlag zu erheben (BGE 105 III 120 m.H.). Die Beseitigung des Rechtsvorschlages erfolgt auf Klage des Gläubigers hin im ordentlichen Prozessverfahren, gegebenenfalls im Rechtsöffnungsverfahren.

Aus Gesagtem erhellt sich, dass die Beschwerde von den SBB abzuweisen ist.

Nr. 19 Art. 274 Abs. 1 SchKG. Das Betreibungsamt hat die Begründetheit eines Arrestes nicht zu überprüfen, ist aber in gewissen Fällen verpflichtet, den Vollzug abzulehnen. So ist der Vollzug zu verweigern, wenn der Arrestbefehl offensichtlich gesetzwidrig, d.h. nichtig ist.

Art. 203 Abs. 1, Art. 204 Abs. 1 StG. Bundesrechtskonformität der Sicherstellungsverfügung.

Obergericht, 31. Oktober 1995, OG-SchKG-7/95

Aus den Erwägungen:

2. Das Betreibungsamt hat die Begründetheit eines Arrestes nicht zu überprüfen, ist aber in gewissen Fällen verpflichtet, seinen Vollzug abzulehnen. So darf (und muss) das Betreibungsamt den Vollzug eines Arrestbefehls verweigern, wenn dieser offensichtlich gesetzwidrig, d.h. nichtig,

ist (BGE 104 III 59 E. 3). An die erforderliche Offensichtlichkeit werden von Lehre und Rechtsprechung hohe Anforderungen gestellt.

Grundsätzlich ist die Vollstreckung von Geldforderungen Bundessache. Der Kanton kann hierzu nur insoweit zusätzliche Bestimmungen erlassen, als dass er durch den Bund ausdrücklich ermächtigt ist. Vorliegend findet sich die erforderliche Gesetzesgrundlage in Art. 78 Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (SR 642.14). Art. 203 und 204 Gesetz über die direkten Steuern im Kanton Uri (StG, RB 3.2211) sind daher bundeskonform.

Das BA Erstfeld hat gestützt auf eine Sicherstellungsverfügung der Einwohnergemeinde Andermatt einen Arrest vollzogen. Eine Sicherstellungsverfügung im Sinne von Art. 203 Abs. 1 StG gilt gemäss Art. 204 Abs. 1 StG als Arrestbefehl nach Art. 274 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs. Die Sicherstellungsverfügung gibt den sicherzustellenden Betrag an und bezeichnet das Steuersubjekt; mithin erfüllt sie die minimalen Anforderungen (Art. 203 Abs. 1 StG). Da sich Kontoguthaben des Beschwerdeführers bei der Personalvorsorgestiftung C. AG befanden, war das BA Erstfeld gestützt auf die zusätzlichen Angaben im Begleitschreiben vom 22. September 1995 der Einwohnergemeinde Andermatt an das BA Erstfeld verpflichtet, den Arrest zu vollziehen.

Soweit die Anzeige von der Arrestierung der Forderung den Anschein erweckt, das BA Erstfeld habe die Sicherstellung selbst verfügt, ist dies unbeachtlich. Entscheidend ist allein, dass die Sicherstellungsverfügung tatsächlich durch die Einwohnergemeinde Andermatt als Steuerbezugsorgan (Art. 195 Abs. 1 StG) erlassen wurde.

Gesagtes erhellt, dass die Sicherstellungsverfügung vom 22. September 1995 der Einwohnergemeinde Andermatt daher vom BA Erstfeld zu Recht vollzogen worden ist.

E. Abkürzungsverzeichnis

A.	Auflage
a.a.O.	am erwähnten Ort
aARV	alte ARV
al.	alinéa (französisch für Absatz)
Abs.	Absatz
Act.	Actorum (Beleg)
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (SR 831.10)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 (SR 142.20)
Art.	Artikel
ARV	Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer (Chauffeurverordnung) vom 6. Mai 1981 (SR 822.22)
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz) vom 25. Juni 1982 (SR 837.0)
aZPO	alte ZPO
BA	Betreibungsamt
BBI	Bundesblatt
BdBSt	Bundesbeschluss über die Erhebung einer direkten Bundessteuer vom 9. Dezember 1940 (SR 642.11); Aufgehoben seit dem 1. Januar 1995
BetmG	Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vom 3. Oktober 1951 (SR 812.121)
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheide)
Bst.	Buchstabe
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung
BTJP	Berner Tage für die juristische Praxis
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (SR 101)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (SR 831.40)
BVO	Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer vom 6. Oktober 1986 (SR 823.21)
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984 (SR 831.441.1)
Co	code des obligations (französisch für OR)
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11)
Diss.	Dissertation
E.	Erwägung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) vom 4. November 1950 (SR 0.101)
f.	und folgende Seite
ff.	und folgende Seiten
Fn	Fussnote

FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz) vom 17. Dezember 1993 (SR 831.42)
GGStG	Gesetz über die Grundstückgewinnsteuer vom 27. Oktober 1963 (RB 3.2231)
GOG	Gesetz über die Organisation der richterlichen Behörden (Gerichtsorganisationsgesetz) vom 17. Mai 1992 (SR 2.3221)
Hrsg. i.S. i.V.m. IVG	Herausgeber in Sachen in Verbindung mit Bundesgesetz über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959 (SR 831.20)
JSG	Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz) vom 20. Juni 1986 (SR 922.0)
KB	Klägerisches Beweismittel
KV	Verfassung des Kantons Uri (Kantonsverfassung) (RB 1.1101)
KUVG	Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung vom 13. Juni 1961 (sein 1. Titel wird hier KVG genannt; der 2. Titel über die Unfallversicherung ist aufgehoben) (SR 830.10)
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (1. Titel des KUVG)
LGVE	Luzerner Gerichts- und Verwaltungsentscheide
lit.	litera (Buchstabe)
m.H.	mit Hinweisen
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
MStP	Militärstrafprozess vom 23. März 1979 (SR 322.1)
N	Note
Nr.	Nummer
nZPO	neue ZPO
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts
RA	Rechtsanwalt
RB	Urner Rechtsbuch
RKUV	Rechtsprechung und Verwaltungspraxis zur Krankenversicherung
Rz	Randziffer
S.	Seite
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung- und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1)
SDR	Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 14. April 1995 (SR 741.621)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StG	Gesetz über die direkten Steuern im Kanton Uri vom 17. Mai 1992 (SR 3.2211)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1917 (SR 311.0)
StPO	Strafprozessordnung vom 29. April 1980 (RB 3.9222)
SVG	Bundesgesetz über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SVIT	Schweizerischer Verband der Immobilien-Treuhänder
u.	und
usw.	und so weiter
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (SR 832.20)
vgl.	vergleiche
VRPV	Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege vom 23. März 1994 (RB 2.2345)

VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 (SR 172.021)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins
ZAK	Hrsg.: BSV, Zeitschrift für die Ausgleichskassen (ab 1993: AHI-Praxis)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung vom 23. März 1994 (RB 9.2211)